

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Donnerstag, den 17. April 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Volksabstimmung für Schleswig.

Paris, 16. April. (Havas.) Diplomatischer Situationsbericht. Am Dienstag hatte der Vicerat eine kurze Besprechung. Lloyd George war durch Balfour vertreten. Das Schleswiger Problem wurde entsprechend den Beschlüssen des Territorialausschusses endgültig geregelt. Die Bewohner Schlesiens werden über ihre künftige Zugehörigkeit entscheiden. Das Referendum wird in Nordschleswig en bloc, in Mittelschleswig nach Gemeinden stattfinden, um eine unparteiische Befragung zu ermöglichen.

Die Friedenskonferenz.

Einladung der deutschen Vertreter.

Paris, 16. April. Die offizielle Einladung an die deutschen Delegierten ist noch nicht ergangen, wird aber wahrscheinlich heute durch General Rubant erfolgen. Der die deutschen Delegierten in Spa ersuchen wird, die Einladung an die deutsche Regierung weiterzugeben. Wahrscheinlich werden die Beschlüsse, die Deutschland unterbreitet werden, zunächst den direkt beteiligten Staaten vorgelegt werden, ehe sie Deutschland bekanntgegeben werden. In diesem Zusammenhang wird mit der Abhaltung einer geheimen Vollversammlung gerechnet. Die deutschen Vertreter werden am 25. April in Versailles eintreffen.

Die Besprechungen werden wahrscheinlich erst ein oder zwei Tage später beginnen. Die deutschen Vertreter können einen Kurier an ihre Regierung senden, um den genauen Wortlaut zu übermitteln. Da die Reise nach Berlin und zurück acht Tage in Anspruch nimmt, wird den deutschen Unterhändlern ein entsprechender Zeitraum zur Unterzeichnung gewährt werden. Man hofft bis zum 15. Mai mit diesen Formalitäten fertig zu werden.

Einmündiger Wahnsinn.

Ein Pariser Beschluß.

Paris, 16. April. (Havas.) Der Vudgetausschuß der Kammer nahm einstimmig eine an Clemenceau gerichtete Entschließung an, in der der Wunsch die Regierung auf die schwierige Lage aufmerksam macht. Es heißt darin, daß die jährlichen Ausgaben Frankreichs in Zukunft nicht unter 22 Milliarden Franken bleiben würden. Der Ausschuß betrachte es daher als eine Forderung elementarer Gerechtigkeit, vom Feinde die volle Bezahlung der Kriegsschulden zu verlangen.

England und Sowjetrußland.

Eine Rede Lloyd Georges.

London, 16. April. Unter den heutigen Zuschauern im Unterhaus befand sich der Fürst von Wales. Lloyd George wurde bei feierlichem Erscheinen mit lautem Beifall begrüßt. Er sagte, es sei seine erste Überzeugung, daß eine militärische Intervention im Hinblick der größten Anspannung sein würde, er wolle lieber auf dem dem Bolschewismus überlassen als erleben, daß Großbritannien Bankrott mache. Von der Anerkennung der bolschewistischen Regierung könne keine Rede sein. Es sei niemals vorgeschlagen noch darüber verhandelt worden. Deutschland würde eine Armee haben, die für den Volkdienst ausreichend sein würde, und eine Flotte, die eben genügen würde, um seinen Handel zu beschützen. Die Alliierten wünschten einen gerechten, aber nicht nachsichtigen Frieden, der streng sein müsse.

Bayerische Regierungstruppen vor München

München, 16. April. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Nordbayerische Truppen, die durch württembergische verstärkt sind, befinden sich im Vormarsch auf München. Die Nordbayerer sind bereits in Dachau angelangt. Nach dem gegenwärtigen Stande der Dinge wußt man mit einem regelrechten Belagerungskampfe rechnen, da München von den Spartakisten stark verteidigt wird und zu diesem Zweck mit Schützengraben umgeben worden ist. Es besteht aber natürlich nicht die Absicht, München mit unzureichenden Kräften anzugreifen, und so bleibt die Hoffnung, daß die Münchener Stadthaber angefaßt eines ihnen entgegengestellten Überlegenheits Aufgebots doch noch auf eine blutige Entscheidung verzichten werden.

Ganz Bayern mit Ausschluß von München steht jetzt hinter der rechtmäßigen Regierung Hoffmann.

Gandorfer freigelassen.

Wie BVB hört, befindet sich der irrtümlich bei Regensburg verhaftete Bauernbundführer Gandorfer wieder in Freiheit und hat sich gegenwärtig in Bamberg auf.

Das Erbschaftssteuergesetz.

Der Entwurf eines Erbschaftssteuergesetzes ist, wie die Korrespondenz Piper erzählt, fertiggestellt und wird, wie das auch schon vor den Rücktrittsabsichten des Reichsfinanzministers Schiffer geplant war, nunmehr dem Staatsauschuß zugehen.

Der Düsseldorfer Generalstreik vor dem Zusammenbruch.

Wut über die Streikheger.

Düsseldorf, 16. April. Der Straßenbahnverkehr wird morgen früh aufgenommen. Die Forderungen des Personals auf Lohnhöhung und Streikentschädigung wurden nicht bewilligt. Der Generalstreik steht vor dem Zusammenbruch. Nachdem Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerk den Betrieb aufgenommen haben, wurde heute bereits in vielen Betrieben gearbeitet. In den Versammlungen der streikenden Arbeiter am Vormittag wurden den Streikagitatoren ernste Vorwürfe gemacht, daß sie die Arbeiter in den Streik geholt und zwei Wochen um Lohn gebracht hätten. Die endgültige Beschlusfassung über den Abbruch oder die Fortsetzung des Streiks dürfte voraussichtlich noch heute erfolgen.

Energisches Vorgehen gegen Braunschweig.

Absehung der Regierung.

Magdeburg, 16. April. Gestern abend teilte der Volksbeauftragte Sepp Lortz dem General Maerker telefonisch mit, daß Vertreter der Braunschweiger Regierung heute in Magdeburg eintreffen würden. Er hat, den Einmarsch der Regierungstruppen möglichst zurückzuhalten. Demgegenüber hat laut „Magdeburger Zeitung“ General Maerker erklärt, daß er die Vertreter der Braunschweiger Regierung nicht mehr empfangen könne. Die Braunschweiger Regierung könne die Bedingungen, die er auf Befehl der Reichsregierung zu stellen und durchzuführen habe, in Helmstedt in Empfang nehmen. Die Forderungen der Reichsregierung betreffen Entwaffnung der Bevölkerung, Auflösung der Volksmarinebivision und der Volkswehr und Aufstellung von neuen Freiwilligenverbänden aus Kur-Braunschweigern. Außerdem hat General Maerker den Auftrag, die bisherige Regierung in Braunschweig abzusetzen und eine neue Regierung entsprechend der Zusammensetzung der Landesversammlung einzurichten. Auch der Braunschweiger Arbeiterrat soll aufgelöst werden.

Ein sozialdemokratischer Landrat.

Danzig, 15. April. Zum kommissarischen Landrat des Kreises Ruyig ist der Vorsitzende des dortigen Arbeiterrats, Kaufmann Koppentrin vom Minister des Innern ernannt worden. Der Kreis Ruyig ist der erste preussische Landkreis, der als Landrat einen Nichtverwaltungsbeamten erhalten hat. Der neue Landrat ist Mehrheitssozialist und war früher mehrere Jahre hindurch Besitzer des Ruyiger Kurhauses.

Die Besetzung der Auslandsposten.

Die Auswahl der Kandidaten.

Von zuständiger Stelle erfahren wir: Verschiedene Zeitungen haben Nachrichten gebracht des Inhalts, das auswärtige Amt habe sich auf Kabinettsbeschlus an die drei Mehrheitsfraktionen gewandt mit der Bitte, solche ihrer Angehörigen zu benennen, die für die Besetzung von Gesandtschaftsposten in Frage kämen. Diese Meldungen entsprechen den Tatsachen nicht. Weber ist der Reichsminister des Auswärtigen an die Parteien herantreteten, noch liegt solch ein Kabinettsbeschlus vor. Bei der bevorstehenden Neubesetzung von Auslandsposten sollen nach dem Willen des Kabinetts allerdings auch Männer herangezogen werden, welche das Deutschland von heute und dessen Regierung repräsentieren. Das ist eine alte demokratische Forderung, der sich die erste demokratische Regierung nicht entziehen darf. Ausschlaggebend aber für die Wahlen bleiben nach wie vor nicht Parteizugehörigkeit, sondern die Eignung der Kandidaten, und diese werden nicht von Partei wegen, sondern vom Reichsminister des Auswärtigen ausgewählt, der sie dem Kabinetts vorschlägt. Es ist also durchaus unrichtig, daß gewisse Posten — darunter der im Haag, dessen Neubesetzung zurzeit gar nicht in Frage kommt, — den einzelnen Parteien zugeweiht worden sind.

Verstärkung der französischen Besatzungstruppen im Elsaß.

Paris, 16. April. (Meldung der „Telegraphen-Kompagnie“.) Nach Meldungen, die aus dem Elsaß in die Schweiz gelangt sind, ist die französische Besatzungsarmee im Elsaß durch starke schwarze Truppen verstärkt worden. An den Rheinbrücken ist außerdem viel französische Artillerie in Stellung gebracht worden.

Wie retten wir das Saargebiet?

Von Eduard Bernstein.

Die Art, wie ein Teil der sozialdemokratischen Presse Deutschlands die Nachrichten über die das Saargebiet und die Saarfohlen betreffenden Forderungen der Alliierten aufgenommen hat, scheint mir weder von der Überlegenheit der Auslandspolitik der Sozialdemokratie über die Auslandspolitik der Bourgeoisparteien Zeugnis abzugeben, noch irgendwie geeignet zu sein, das zu erreichen, was man deutscherseits vernünftigerweise sich zum Ziel zu setzen hat. Es sei mir daher gestattet, ein Wort für eine andere Behandlung der Frage einzulegen.

Die erste Aufgabe der sozialdemokratischen Presse bei dieser wie bei ähnlichen Fragen, ist dafür zu sorgen, daß das deutsche Volk über sie den Kopf nicht verliert und sich zu Kundgebungen und weitergehenden Schritten hinreißt, welche die Situation für uns nur noch verschlimmern können. Viel zu viel ist seit Beginn der Verhandlungen über den Waffenstillstand auf diesem Gebiet schon gefündigt worden. Durch Proteste, welche die Forderungen der Gegenseite in falschem Lichte darstellten, sei es, daß man sie übertrieb, sei es, daß man dem deutschen Volk verschwieg, auf welche Tatsachen sie sich gründeten, ist in vielen Kreisen unseres Volkes eine Stimmung erzeugt worden, die — darüber soll man sich nicht täuschen — wenn es so weiter geht, zuletzt nur den Feinden einer demokratischen Entwicklung der Republik zugute kommen muß. An sehr erkennbaren Anzeichen dafür fehlt es nicht. Wer Gelegenheit hat, die Gespräche anzuhören, die im breiten Publikum in bezug auf diese Dinge geführt werden, wird Aeusserungen vernehmen, die zu sehr ernstigen Betrachtungen herausfordern. Man kann, wenn man erst mitgehört hat, eine gewisse Stimmung zu erzeugen, ihrer Weiterwirkung nicht willkürlich Einhalt gebieten. Die aber droht dahin zu führen, daß denen, welche in verantwortlicher Stellung darüber sich schlüssig zu machen haben, welche Entscheidung die Umstände gebieten, es außerordentlich schwer gemacht wird, der Stimme der Vernunft den gebührenden Vorrang einzuräumen.

Dürfen die an der Spitze der Republik stehenden Personen eine Politik verfolgen und betreiben, die auf die Logik des berühmten Spruches hinausläuft: „Es geschieht meinem Vater ganz recht, wenn mir die Hände erfrören, warum kauft er mir keine Handschuhe?“ Sicherlich nicht.

Ich glaube nicht, daß diejenigen, die jetzt so leichtem Herzens mit der Drohung der Nichtunterzeichnung des Vorfriedens um sich werfen, sich pflichtgemäß vergegenwärtigt haben, was die Nichtunterzeichnung, mag sie für die Gegenseite noch so viel Gefahren in sich schließen, für das deutsche Volk mit Sicherheit bedeuten würde. Man hat aber kein Recht, ohne sehr sorgfältige Prüfung der Wirkungen eines Schrittes für das Wohl und Wehe der Millionen und Abermillionen Volksgenossen einer heroisch erscheinenden Gefühlsregung Folge zu geben. Wilhelm II. mag noch so oft in die Welt hinausrufen: „Die russische Mobilmachung ist schuld am Kriege, sie hat mich gezwungen, den Krieg zu erklären“, die Welt wird ihm und seinen Beratern die Absolution von der Verantwortung für all das Elend, das der Krieg über die Völker gebracht hat, nicht erteilen, sondern ihm erwidern, daß es noch andere Mittel gab, der damaligen russischen Mobilmachung zu begegnen, als die Kriegserklärung, und daß es ein Verbrechen war, diese Mittel nicht zu erschöpfen, ehe man zu jener extremen Maßnahme schritt.

Die Forderungen der Alliierten hinsichtlich des Saargebietes umschließen solche, die in das Gebiet der Wiederherstellung gehören, zu denen sich Deutschland durch Annahme der 14 Punkte grundsätzlich verpflichtet hat. Jeder Sachkenner weiß, daß Frankreich durch die Verwüstungen, die der Krieg in seinen industriereichen nördlichen und nordöstlichen Departements angerichtet hat, ungeheuer schwer geschädigt worden ist, und daß der Forderung der Lieferung von Kohlen auf eine bestimmte Zeit hinaus wirtschaftliche Notwendigkeiten zugrunde liegen. Bis so weit sind auch die französischen Sozialisten grundsätzlich nicht gegen sie. Berechtigte Einwände kann man gegen die Höhe der geforderten Menge und gegen die Forderung der Verpfändung des ganzen Saargebietes erheben. Aber wenn sie im guten Sinne Eindrücke machen sollen, dann müssen sie in ruhiger Sprache und mit vernünftigen Argumenten erhoben werden, die unzweifelhaft den ernsthaften Willen erkennen lassen, nach Möglichkeit seinen Notwendigkeiten gerecht zu werden, und nicht mit einem Geschrei, das darüber so aufgefohrt werden kann, als sei jener gute Wille überhaupt

nicht vorhanden und müsse Deutschland selbst das, was es versprochen hat, sobald die Ausführung nötig werde, Punkt für Punkt abgeben.

Vergesse man doch eines nicht. So wenig wie Liebe läßt sich Vertrauen durch Kommando erzwingen. Und Vertrauen erzielen ist heute die Hauptaufgabe der deutschen Auslandspolitik. Nicht bloß bei französischen Chauvinisten, sondern auch bei vielen Franzosen, denen es ernsthaft um einen Frieden der Gerechtigkeit zu tun ist, ist dieses Vertrauen heute nicht vorhanden. Man ist noch nicht davon überzeugt, daß die Wandlung der politischen Einrichtungen in Deutschland von jenem Wandel der Gesinnungen begleitet ist, der ihre Realität und Dauer verbürgt. Wäre ich französischer Sozialist, so würde ich jenen Leuten zurufen: „Der Wandel der Gesinnungen, den Ihr haben wollt, kann sich nicht durchsetzen, solange sich das deutsche Volk von Nachbarn umgeben glaubt, die ihm wichtige Organe seines Wirtschaftskörpers abschmieren und Millionen seiner Brüder unter Fremdherrschaft bringen wollen.“ Als deutscher Sozialist aber halte ich es für meine erste Pflicht, die eigenen Genossen zur Vernunft aufzurufen und dringend zu ermahnen, sich durch nichts dazu hinreißen zu lassen, in bezug auf die Fragen der Beziehungen zu anderen Völkern eine Sprache zu führen, die nur den Gegnern eines wahrhaften Völkerfriedens zugute kommen würde.

Mit Drohungen, welcher Art sie auch seien, werden wir das Saargebiet nicht für Deutschland retten. Es ist heute von den Franzosen besetzt, und wer nicht von dem Wahnsinn eines Versuchs träumt, es mit Waffengewalt zurückzuerobern, muß seine möglichst baldige Freigabe durch eine Politik zu erwirken suchen, welche die Franzosen und deren Verbündete davon überzeugt, daß die deutsche Republik fest entschlossen ist, bis an die Grenze aller Möglichkeiten zu gehen, um ihr gegebenes Wort zu halten. Kein Germanophile aber, was deutscherseits beim Eintreten in die Waffenstillstandsverhandlungen zugefagt wurde. Keinen Rückschritt in die Methoden des Kleinräubers, der den eingegangenen Verzicht nachträglich durch Rohlist wieder aus der Welt schaffen oder reduzieren möchte. Wer nicht versteht, dem Gegenpart die Ueberzeugung beizubringen, daß er bei gemachten Zugeständnissen verbohrt, der wird sich vergeblich bemühen, ihm Zugeständnisse abzurufen.

Ueberlassen wir es Leuten vom Schlage eines Elybacher, dem im Kriege die am Völkerrecht verübten Mißhandlungen noch nicht weit genug gingen, der ein „lebendes“ Völkerrecht predigt, das es ermöglicht hätte, Völker zu erdroffeln, nun, wo es anders gekommen ist, das Gespenst einer den Tod aller Kultur bedeutenden Anarchie heraufzubeschwören, um die Gegner von ihren Forderungen abzusprechen. Uns Sozialdemokraten ziemt es, solange es irgend geht, an die Einigkeit und das in jedem Menschen schlummernde Rechtsgesetz zu appellieren. Mit je stärkeren Gründen wir unsere Sache unter ihrem Gesichtspunkt vertreten können, mit um so größerer Sicherheit können wir darauf rechnen, das zu retten, was bei der gegebenen Sachlage überhaupt zu retten ist.

Bela Kun über die Erfolge der ungarischen Umwälzung in Ungarn.

Budapest, 16. April. In der Eröffnungsfeier des Budapestter Zentral-Arbeiter- und Soldatenrates antwortete der Volkskommissar für Inneres Bela Kun auf die überbrachten Grüße des Schweizer Jugendverbandes, die Frage, ob bisher alles erreicht wurde, was das Klasseninteresse des Proletariats fordert, müsse verneint werden. Die Bourgeoisie müsse vernichtet werden, denn solange es eine solche gibt, gebe es auch eine Proletarierklasse. Wir aber streben nach einer klassenfreien Gesellschaft. Die Rolle der Arbeiterräte bestehe in der Weiterorganisation

Die Revolution im Großen Hauptquartier.

Von Robert Henseling.

Es sind verschiedentlich in der Presse Berichte über die Revolution im Großen Hauptquartier aufgetaucht, die den Tatsachen nicht entsprechen. Wir geben hier einem Augenzeugen das Wort.

In der Nacht vom 10. zum 11. November 1918 standen im Generalstabsgebäude des Großen Hauptquartiers zwei kleine Gruppen einander gegenüber. Auf der einen Seite waren drei Generalstabsoffiziere als Mittelpersonen und Stellvertreter des Generalquartiermeisters und des Generalstabsmarschalls. In ihnen suchte sich die gesamte Befehlsgewalt der deutschen Heere dar, die Wissensquelle, von der aus die mächtigste und an glanzvollen Taten reichste menschliche Gewaltorganisation, die je auf Erden war, den Antrieb erhielt. Mit angehaltenem Atem blickten vier Jahre höchster Nervenspannung die Völker auf diesen Punkt. Ein Wort hier, und Millionen Männer marschierten, zehntausend Geschütze brüllten ihr Lob.

Auf der anderen Seite waren ein paar Männer aus dem Volk, in Soldatenröcken. Ein paar von denen, deren Lebensinhalt von jener Gewaltorganisation in ein einziges Wort gepreßt worden war: Gehorchen! Vier Jahre lang. Nicht fragen dürfen, nicht wollen dürfen. Gehorchen! Ein Diener, ein Feigling, ein Handlungsgehilfe, ein paar Beamte, Menschen ohne Namen, ohne Stellung. Volk. Roggelein konnte sie niemand. Sie waren Tropfen im Strom. Heute sind sie die Vertrauensmänner der Mannschaft im Hauptquartier, der zwei oder drei Tausend oberster Dienststellen; der Nationalen Generalquartiermeister, Seefregattenkapitän, Chef des Nachrichtenwesens, Chef des Heerespostwesens. Wohl 15 000 Mann stehen unsichtbar hinter ihnen. Der ehemalige Diener ist Sprecher, erster Vorsitzender dieses Siebenerausschusses, Treppenhilf der Weltgeschichte.

Der Oberleutnant: „Sie können doch nicht mit einmal den ganzen Befehlswesen umwälzen, auswechseln wollen?“ — Der Diener: „Das wollen wir nicht. Aber sagen Sie selbst, Herr Oberleutnant, haben Sie irgendeine Gewähr, daß o h n e u s die Befehle der Obersten Heeresleitung künftig mehr sind als Papier, als Luft?“ — Der Oberleutnant: „Sie haben recht. Was wollen Sie, daß geschieht soll?“

In derselben Nacht werden die Grundsätze des Soldatenrats von der Obersten Heeresleitung angenommen. Der Soldatenrat teilt der Bevölkerung mit, daß er den Sicherheitsdienst übernehmen habe. Der Siebenerausschuß besetzt die Geschäftsstellen im Generalstabsgebäude. Auf den Tischen steht: Militärpolitische Abteilung, Treppenhilf.

Wie es kam? Derselbe Hintergrund wie überall. Seit Wochen die Gewitterschwüle. Wie lange schon war das Verlogene unserer Lage im Grabe, unerträglich gefeigert! Jeder fühlte, wußte: Es geht über die Kraft. Nur, scheinbar, ein kleiner Kreis nicht. Der, dem dies Wissen am bittersten nollat. Der die Fiele der Weltung in ein lächerliches Mißverhältnis zum Wah des Möglichen geraten ließ, den Deutschen vor der Welt zum Vergewaltigungstülpel hempelte.

Die Fiele — auch in einem Hauptquartier gehdren die weissen zu den Fiele — tummeln ihren Weg dahin; aber die politischen Diskussionskreise mehren sich, es ist viel Intelligenz beisammen hier.

des Klassenkampfes der Arbeiterschaft. Das Endziel, dem wir und immer mehr nähern, ist die Verwirklichung des ersten Stadiums des Sozialismus, der erste Grad des Kommunismus. Wir sind nicht zuerst Ungarn, sondern Proletarier, und der Deutsche ist zuerst Proletarier und dann Deutscher, oder er ist ein Bourgeois und dann kann er in erster Reihe Deutscher sein. Die Rede Kuns wurde mit stürmischen Beifall aufgenommen, worauf Volksbeauftragter für Inneres Eugen Landner ausfährte, daß alles was bisher in Ungarn geschah, die vollkommene Verwirklichung des wissenschaftlichen Marxismus und der kommunistischen Lehre sei. Es wurde schließlich beschlossen, die russische Sowjetrepublik und die Genossen in Bagnern zu begrüßen.

Wie ein Generalstreik inszeniert wird.

Zu den Ereignissen in Danzig.

Aus Danzig wird uns geschrieben: Der völlig zusammengebrochene „Generalstreik“ verdient näher geschildert zu werden, da er sowohl die kommunistische Verfechtung der Unabhängigen wie die ganze Art ihrer Treiberien treffend illustriert. Trotz aller Agitation ist der hier fast spartakistisch geführte U. S. P. bisher jeder Wahlerfolg verlagst geblieben. Sowohl bei den Wahlen zur Nationalversammlung wie zur Landesversammlung blieben sie hoffnungslos in Minderheit und konnten auch nicht einen Sitz erobern. Gegenüber dem glänzenden Vormarsch unserer Partei in ganz Westpreußen hatte die U. S. P. nur einen Erfolg in Elbing zu verzeichnen.

Was durch Ueberredung nicht gelang, suchte man nun durch Terror auszugleichen. In den Betrieben wurden die unglücklichsten Methoden angewandt, um sie zum Generalstreik reif zu machen. Als der Rätekongreß zusammentrat, glaubten die Unabhängigen den Zeitpunkt gekommen. Es trat sich, daß die Arbeiter der Eisenbahnwerkstätten wegen einer einmaligen Teuerungszulage von 300 M. in den Streik traten, aber nicht unter gewerkschaftlicher, sondern unter politischer Führung.

Das Generalkommando des 17. Armeekorps hatte die militärische Besetzung des Bahnhofs veranlaßt, um die militärischen Transporte für den Grenzschutz sicherzustellen, der gerade hier in Danzig ganz allgemein als dringend notwendig empfunden wird. Die Streikleitung der Eisenbahner, zumeist Rabener Sozialisten, verlangte Zurückziehung des militärischen Bahnschutzes. Wider ihre Annahme wurde diese Forderung nicht abgelehnt, sondern Generalkommando und Oberkommando erklärten sich zur Zurückziehung des militärischen Schutzes bereit, falls die Streikleitung den Schutz des Bahnhofs übernehme. Darob große Enttäuschung der Drahtzieher, die gehofft hatten, man würde ihnen den Gehallen tun, sie zu bestrafen. Sie selber lehnten aber nun den Schutz des Bahnhofs ab, da sie doch irgend einen Grund zur Ausübung des Generalstreiks haben mußten. So geschahen sich die Verhandlungen.

Unmittelbar darauf beschloß auch schon eine kommunistisch-unabhängige Vertrauensmännerversammlung den politischen Generalstreik für Danzig. Man rechnete damit, erst einmal durch den Eisenbahnstreik Danzig abzuschneiden und dann die Rätepublik auszurufen. Unsere Genossen aber ergriffen, als ihnen der Beschluß zur Kenntnis kam, sofort Gegenmaßnahmen, da nicht nur die Ziele des Streiks verlassen waren, sondern eventuelle Unruhen auch die Polen zur Besetzung Danzigs hatten ermuntern können. In den Betrieben wurde stürmisch Ablehnung verlangt. Da die Oberleitungen wohl wußten, daß diese gegen sie ausfallen würde, ließen sie die Ablehnung nicht zu verlaufen. Das war am Donnerstag.

Begreiflich, daß am Freitag bereits eine stürmische Opposition gegen diesen Terror einlegte. In einer Streikleitung verhandelt nur unsere Genossen, daß die unabhängigen Streikleiter vom Rednerpult heruntergeholt wurden. Eine kleine Werk nahm am gleichen Tage eine Urabstimmung vor. Resultat: 23 Stimmen für und 380 gegen den Generalstreik. So

Der Waffenstillstand wird geschlossen — dieser Waffenstillstand! Die Heeresleitung will ihn. Sie schließt die Augen und nimmt ihn, wie er ist. Ein Licht wirft furchterliches Licht in das gemittertschwarze Land! Und noch immer versteht er die Zeichen der Zeit nicht zu lesen. Er, der eben so unglücklich wie Schuldige. Er, dem jetzt der Augenblick der glückseligsten Initiativ seines Lebens gekommen wäre. Das Verhängnis gipfelt sich weiter empor. Kiel, Marineaufstand! Gerüchte sind auf allen Lippen. An der Front Revolten? In der Heimat erste Funken entzündenden Bürgerkrieges?

Auch die Belgier — das Hauptquartier ist in Spa — werden unruhig. Madame Germain, geben Sie mir ein Stück rotes Tuch — die Arbeiter- und Soldatenräte daheim machen kurzen Prozeß, wie es heißt. Und wenn Fronttruppsen heranziehen sollten, wie stellen sie sich zu uns, in denen sie Etappenstühle hoffen? Ich will mir eine Armbinde machen; morgen früh pad ich das Wichtigste in den Affen und gebe los — in drei Stunden über die Grenze. Als Bonn oder Wiesbaden kommt ich schon, wenn die Bahnen wirklich versagen, zu Fuß. Da bin ich dabei, kann unter-schleichen. „Oben“ scheint man den Kopf verloren zu haben. Seit Wochen „soll“ das Hauptquartier umziehen. Quartiermacher sind im Gomburger Land. Befehle, Gegenbefehle.

Es heißt, eine Marinebrigade sei im Anmarsch. „Verlässliche“ Sturmabteilungen rücken an, am allen Einmarschstrahlen zum Spaia sind Wachposten in Stellung. Eine Kavalleriebrigade soll in den Ortshäusern ringdum verteilt sein; jeder einzelne als Selbstgarde bereit. Morgen ist Waffenappell, Patronenausgabe... Unersiehbar für unseren, einer anstrengten wissenschaftlichen Arbeit gleichmütigen Dienstbetriebs! Wir sollen eingesetzt werden, wenn Marine, wenn „Rätruppen“ kommen!! Gedanken, Empfindungen wollen sich verwirren. Reint! Auf Volksgenossen nicht schlen. Nie. Und wenn sie verblendet irren.

Am Abend des 8. November sind zahlreiche Angehörige der Formation persönlich beisammen. Gruppenweise stellt besorgtes Fragen. Einer so im Mittelpunkt, er steht im Rufe Freund Eiders zu sein und hat in der Tat „für alle Fälle“ einen roten Weltbezug erhalten. Als Begrüßungsfrage, wenn „ne“ kommen? Im Angst und Vorsichtmeier zu foppen? Ein so ahnte er nicht; daß er, sein Hauptmann und die „Fahne“ kaum eine Woche später als Schützer des Hindenburgsuges in das unbekannte Deutschland der Revolution hinüberrollen sollten. In diesem Spätabend, dem Vorabend des Abendunges, weiß er die erhabigen Gemüter zu bestimmen: Wir rufen den Hauptmann herbei und fordern Arbeit: Wie steht's um den Heimtransport? Was soll das Waffentessen rings um Spa? Sollen wir auf Deutsche schießen — für die hohen Herren? — Das ist unklar!

Der Hauptmann, jung, unwirschig unbekümmert allen Sorgen gewachsen, kommt mit, sucht für Minuten dauer — dann weiß er, was zu tun ist. Er war einer von den wenigen, die ihre Leute und die Lage ganz begriffen. Welches Glück! Ich weiß nicht, ob ohne ihn die Verammlung der Generallität am folgenden Tage so rasch begriffen hätte, daß „Verteilung des Hauptquartiers“ Wohnort gewesen wäre, daß die Oberste Heeresleitung ohne Vorbehalt und ohne Zaudern an die Seite der neuen Volkregierung zu treten habe. Sein Name: Meunier.

9. November, nachmittags; die Katastrophe Wilhelms II. Am 9. und 10.: Bei einer Formation nach der anderen sind „Soldatenräte“ aus geheimer Wahl das Ergebnis und das Heilmittel der Er-

war die Stimmung überall. Das Hunderte der Unabhängigen nicht, folgende Forderungen aufzustellen:

Rücktritt der jetzigen Regierung. Nebernahme der Regierungsgewalt durch die Räteregierung.

Auslösung aller Freiwilligenformationen, Bildung einer roten Garde.

Aufnahme der freundschaftlichen Beziehungen zwischen den Räteregierungen von Bayern, Rußland und Ungarn.

Alle politische Macht den Arbeiterräten.

Diese Forderungen gingen ihren eigenen Anhängern teilweise zu weit. Doch es wurde weiter gehet. Der Angriff auf den Bahnhof erfolgte, wobei es rote und verwundete gab. Natürlich waren jetzt Rote und die bösen Mehrheitssozialisten daran schuld. Dabei hatte es den Unabhängigen frei gestanden, den Bahnhofsfeld zu übernehmen, auf ihr Haupt kommt das Blutvergießen.

Am Freitag mittag wurde dann aber Danzig und Umgegend der Belagerungszustand verhängt. Unsere Partei hatte bereits gegen die Absicht protestiert und unterhandelte sofort mit den Behörden, während die Unabhängigen untätig blieben. Genosse Winnig, der Reichskommissar für den Osten, wollte mit dem Volksgesetz und der Streikleitung verhandeln. Infolge eines Autounfalls verpöte er sich. Daran lehnte die Streikleitung Verhandlungen ab. Trotzdem setzte Genosse Winnig noch Verhandlungen mit unseren Genossen die Aufhebung des Belagerungszustandes durch.

Seit Montag wird in Danzig wieder allgemein gearbeitet. Die Erbitterung gegen die unabhängigen Streikführer ist sehr groß, während die Haltung unserer Partei allgemein Billigung findet.

Kohlenförderung und Eisenbahnbetrieb.

Die Meldung eines Berliner Blattes, nach der die gänzlich e Betriebseinstellung auf den preussischen Eisenbahnen in Kürze zu erwarten sei, zumal einige Direktionen nur noch über verschwindend kleine Kohlenvorräte verfügten, trifft glücklicherweise nicht voll zu. Es ist indessen wohl möglich, daß an einzelnen Stellen der Betrieb weitere wesentliche Einschränkungen des Personenverkehrs erleiden wird, und daß die Kohlenvorräte an diesen Stellen schließlich nur noch für den Lebensmittellieferverkehr Verwendung finden werden. Allgemein aber wird mit einer derartig durchgreifenden Verkehrsbeschränkung kaum zu rechnen sein. Verhältnismäßig gut werden die östlichen Linien dank den obersächsischen Förderungen abfinden. Schlimmer sieht es im Westen. Im Frühjahr 1918 betrug die tägliche Förderung im Ruhrrevier 19 bis 22 000 Waggons, zu 10 Tonnen gerechnet. Nach einer Steigerung im Laufe des Sommers setzte ein erheblicher Rückgang ein, aber immerhin konnten 21 000 Waggons täglich aus dem Ruhrrevier abgefahren werden. Im Herbst 1918 gestatteten sich die Verhältnisse infolge der verletzten Schicht und durch das Aufsören des Strohlohnes und überhaupt der revolutionären Ereignisse geradezu katastrophal. Während am 9. November noch 20 000 Waggons gefördert wurden, erreichten die Tagesmengen eine Woche später kaum noch 14 000. In der Revolutionswoche erreichte die Wochenproduktion noch 135 749 Waggons, später nur noch 87, 86 und 69 000, in der ersten Aprilwoche dieses Jahres sogar nur noch 52 620 Waggons.

Wenn der Streik zurückgeht, ist zu erwarten, daß ein völliger Stillstand in der Kohlenförderung nicht eintreten, vielmehr die Produktion, wenn auch nur langsam, wieder zunehmen wird. Damit wäre zunächst wenigstens unserem innerdeutschen Verkehr geholfen, die Lieferung des Auslandes weds Erlangung von Lebensmitteln steht allerdings immer noch auf einem anderen Blatte.

Weiteres Abflauen des Bergarbeiterstreiks.

Essen, 16. April. In der Witterungsdicht verminderte sich die Zahl der Streikenden abermals um über 1200. Sie stellte sich auf 80 080 Streikende gegen 87 271 in der gefrigen Witterungsdicht. Insgesamt wird auf 62 Schachtanlagen wieder bald gearbeitet. Von mehreren Heden wird gemeldet, daß die Arbeit morgen früh wieder aufgenommen werden soll.

regung, Hindenburgs: Im ganzen Heere sind Soldatenräte zu bilden. Am 10. abends Beratung von Vertrauensleuten aller Formationen, Wahl eines Siebenerausschusses als leitendes, arbeitendes Haupt. In der Nacht: Es werden Richtlinien durchgefegt, die besagen: „Jede Schutzmahnahme gegen Angehörige des eigenen Landes durch Blutvergießen hat zu unterbleiben, außer in der Notwehr“, und den Soldatenräten des Heeres in Sitz- und Umlaufbesuchen Einspruch sichern. Kameradschaft gegen den gemeinen Mann wird dem Offizier zur Pflicht gemacht, die frechtende Gruf-form außer Dienst wird befristet, in Erdröhrung, Warenlieferung usw. werden alle Heeresangehörigen gleichgestellt.

Geordnetem Rückmarsch sichern helfen — das war die schwerste erste und zunächst einzige Aufgabe der Soldatenräte beim Heeres. Welch wüste Bilder in jenen ersten Tagen. Nie beschämend — ein Stappel Kopf- und Nationalfahnen bis oben hinauf; ägelloos vielerorts die Truppe. Der beim Ablauf der unglücklichen Zeit jenseits der Grenzen blieb, dem drohte ein neuer Winter in Kriegsgefangenschaft. Und was dahinter war, wußte keiner. Unzählige Gerüchte, nichts Verlässliches! Uebermenschliches an Ordnen, Schlichten, Helfen, Auflären forderten jene Tage von Soldatenräten.

Die Oberste Heeresleitung, nur ein Rest der gewaltigen Betriebs, landete in Wilhelmshöhe, vom Soldatenrat begleitet, geschickt, benutzten... nicht übernacht. Der Gedanke trat auf, ver-sunt...

Lagung der Soldatenräte in Ems, Rätekongreß in Berlin: die Heeresleitung sind eine politische Größe geworden. Eine Faktion, die keine war. Im übrigen: eine Nacht, die zusammengefallen, wirkungslos blieb, als ihr die geschichtliche Stunde schlug... Die beste Frucht, die der Revolution im Hauptquartier erntete, reifte nicht.

Aber das ist ein ernstes Kapitel für sich.

Notizen.

— Russ. Der Mengeweisliche Oratorienverein führt am Karfreitag, abends 7 1/2 Uhr, den „Christus“ von Franz Liszt auf. Mitwirkende: Bruno Gebhardt, Charlotte Jöller, Reje Wendi, Georg Junf, Sommerfänger Ed. Habich, Lothar Penglis und das Bläser-Orchester.

— Vorträge. Rudolf Zeitlinger von der „Volkshöhe“ spricht in den Kammerkundenden Brandt-Jacoby am 24. April, 7 1/2 Uhr, im Lyzeumklub, Sühonplatz 8, hoch- und niederdeutsche Dichtungen des Hamburger Dichters Hermann Claudius.

— Eine Ausstellung einfachen Quadrates wird Donnerstag 11 Uhr im Kunstwerbmuseum eröffnet. Sie ist auf Anregung des preussischen Kultusministeriums vom Deutschen Werkbund, Berliner Kunstgewerbemuseum und von der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands veranstaltet und bleibt bis Mitte Mai täglich bei freiem Eintritt von 10 bis 8 Uhr geöffnet.

— Der Verband ehemaliger Freikämpfer an der Berliner Universität hat seine Tätigkeit wieder aufgenommen. Freikämpfer und Freunde einer akademischen Reform mögen sich bei Dr. Max Immanuel, Berlin W 10, Corneliustr. 6a, melden.

Groß-Berlin

Die Sozialisierung in Groß-Berlin.

Die für die Frage der Sozialisierung eingelegte gemischte Deputation gab in ihrer ersten Sitzung einstimmig der Ansicht Ausdruck, daß eine gemeinschaftliche Tätigkeit der Gemeinden auf dem Gebiete der Kommunalisierung sich nur auf Grund eines Gesetzes entwickeln könne, das die wichtigsten Fragen, wie den Übergang der Polizei auf die Gemeinden und die Frage der Entschädigung in zweckmäßiger Weise regelt. Für Berlin kommt ferner hinzu, daß der Zusammenschluß aller Groß-Berliner Gemeinden ebenfalls die Voraussetzung für eine erfolgreiche Kommunalisierungsarbeit bildet. Es wurde beschlossen, an die Regierung wegen schleunigen Erlasses eines solchen Gesetzes heranzutreten und sich mit den Groß-Berliner Gemeinden in Fühlung zu halten. Ferner wurde beschlossen, sich vorbehaltlich weiterer Gebiete zunächst der Frage, ob und in welchem Umfang eine Kommunalisierung zweckmäßig ist, auf den Gebieten des Verkehrs, der Milch, des Aufschlagswesens, der Kohle, der Gesundheitspflege und des Bestattungswesens, des Kleiderhandels und Wohnungswesens zuzuwenden.

Einmütlich beteiligten Vorortgemeinden haben an die preussische Regierung den gemeinsamen Antrag gerichtet, die Charlottenburger Wasserwerke zu sozialisieren oder in die Verwaltung der beteiligten Gemeinden zu überführen. Als Schlichter für das Schiedsgericht soll Oberbürgermeister Dr. Luther (Essen) und als sein Stellvertreter Oberbürgermeister Sahm (Danzig) bestellt werden.

Soll der Zucker auch noch frei werden?

Zu dieser in Nr. 181 gebrachten Notiz schreibt das Reichsernährungsamt: Die von Ihnen gewählte Ueberschrift könnte zu falschen Deutungen der im Reichsernährungsministerium beabsichtigten Änderungen der Zuckerbewirtschaftung führen, und wir bitten darauf hinzuweisen, daß es eine allgemeine Freigabe des Zuckers nicht gedacht wird. Die vom Reichsernährungsministerium für das kommende Wirtschaftsjahr beabsichtigten Änderungen stehen noch im Stadium der Erwägung. Es ist jedoch nicht daran gedacht, den an die Bevölkerung zur Verteilung gelangenden Rindzucker für den Handel freizugeben. Vielmehr besteht die Absicht, die Zuckerration in der bisherigen Weise zu sichern und zur Verteilung zu bringen. Dagegen ist die eventuelle Freigabe derjenigen Mengen der Zuckerverzeugung, die über den Bedarf an Verbrauchszucker hinausgehen, in der Weise in Aussicht genommen, daß der Zucker verarbeitenden Industrie dieser Zucker frei überlassen wird. Die Bedingungen, unter denen dies geschehen könnte, müssen naturgemäß derzeit festgelegt werden, daß Mißbräuche ausgeschlossen würden.

Soweit das Reichsernährungsamt. Mit der obigen Erklärung beweist das Amt, daß unsere Vermutung zutreffend war. Wohl soll zunächst jeder Einwohner seinen Mundvorrat bekommen und nur der übrige Teil soll der Industrie überlassen bleiben. Mißbräuche bei dieser Verteilung sollen ausgeschlossen werden. Und das mag man uns in demselben Augenblick zu erzählen, wo alle Welt empört ist über die großen Mengen Zucker, die heute schon bei der strengen Rationierung im freien Handel verschoben werden. Dieser Zustand dürfte doch bei der Freigabe großer Mengen für die Industrie nicht besser, sondern noch schlimmer werden. Der beste Zucker wird dann der Konfektindustrie zuzuführen und den schlechtesten werden die Verbraucher erhalten. Dagegen muß schon heute Einspruch erhoben werden.

Arbeiterräte Groß-Berlins, kommunale Arbeiterräte und Soldaterräte der S. P. D.

Morgen Freitag, 9 Uhr vormittags, Squalaria Elisabethstraße 68:

Gemeinsame Sitzung.

Tagesordnung: Bericht vom Mittelkongress; Stellungnahme zur Vollversammlung; Aufstellung der Kandidaten zum Volkskongress; Wahlen; Verschiedenes.

Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung Erscheinen unbedingt notwendig.

Legitimationskarte und Organisationsausweis legitimieren.

Die Fraktionsvorstände.
Dank. Freymann. Krubl.

Ein Doppelgänger.

Erzählung von Theodor Storm.

„Aus der Zeit aber, wo ich mit meiner Mutter lebte,“ sagte sie dann noch, „vermag ich keine feste Erinnerung an meinen Vater zu gewinnen; ich muß mich mit dem wüsten Schreckbild begnügen, das mein Verstand vergebens zu fassen sucht.“

Sie kniete plötzlich nieder, um eine Handvoll jener kleinen rötlichen Immortellen zu pflücken, die sich gern auf magerem Sandboden ansiedeln; da wir dann weitergingen, begannen ihre Finger einen Kranz daraus zu flechten.

„Ich war noch mit ihren letzten Worten beschäftigt: mir ging im Kopf ein wüster junger Kerl herum; er war bekannt genug gewesen, aber sein Name war ein anderer. „Auch Kinder,“ sagte ich endlich, während meine Augen ihren geschickten Händen folgten, „mag wohl einmal der Gedanke an den unsichtbar umhergeistenden Tod wie ein Schauer überfallen, daß sie voll Angst die Arme um ihr Liebste klammern; dazu — Sie kannten gewiß schon von den Vätern, mit denen die Kommunen die Kinder der Armen zu beschulen pflegen — was Wunder, daß Ihre Phantasie das Schreckbild in jene von Erinnerung leere Zeit hinabschob!“

Aber die edle Frau schüttelte lächelnd den Kopf. „Schön ausgedrückt,“ sagte sie; „aber ich habe niemals an solchen Gespensterphantasien gelitten; und die Menschen, die mich dann nach meines lieben Vaters Tode zu sich nahmen — bessere konnte kein Kind sich wünschen: es waren die Eltern meines Mannes, die auf einer Vahre ein paar Tage in unserer Vaterstadt verweilen mußten.“

In diesem Augenblicke glaubte ich in dem Staubwege Schritte hinter uns zu hören, und als ich umblühte, sah ich den Oberförster schon in der Nähe.

„Sehen Sie wohl,“ rief er mir zu, „da habe ich Sie schon! Und du, Christine,“ — und er ergriff die Hand seiner Frau und neigte den Kopf, um ihr in die Augen zu blicken — „du schaust ja so nachdenklich; was ist denn?“

Sie lebte sich lächelnd an seine Schulter: „Ja, Franz Adolf, wir sprachen von unserer Vaterstadt — denn es hat sich herausgestellt, daß wir dieselbe haben — aber wir haben uns dort nicht finden können.“

„So ist es um so schöner,“ erwiderte er und reichte mir

Die Nationalversammlung nach Berlin fordert der Magistrat in einer ausführlichen Eingabe an den Reichspräsidenten und die zuständigen Behörden. Sie beruft sich auch darauf, daß am 25. Januar die Reichsregierung erklärt hat, auch für die Zukunft könne mit Berlin als Reichshauptstadt in Frage kommen.

Die Herabsetzung der Kriegslöhnung für Verwundete hat große Erregung hervorgerufen, die sich in vielen Zuschriften an und durch. Ein Briefschreiber hebt hervor, wie sehr darunter auch diejenigen Kameraden leiden, die auf Entscheidung über ihre Rentenansprüche über Gebühr lange warten müssen. Ein anderer klagt, daß nach der Löhnungsherabsetzung die Unzulänglichkeit der Familienunterstützung noch drückender wirkt. Auch darauf wird in einem der Briefe hingewiesen, daß die Verwundeten des Grenzschußes höhere Löhnung erhalten. Die Anfallen des Reserve-Lazarets an der Sachsenwaldstraße in Steglitz haben in einer Versammlung einstimmig folgende Resolution angenommen: Wir nehmen mit Enttäuschung Kenntnis von der Veranordnung im Armeeverordnungsblatt vom 8. April 1919, wonach vom 11. April 1919 ab Friedensgehälter für Mannschaften gezahlt werden. Es würden demnach gezahlt für den Tag an Mannschaften und Gefreite 5 Pf., an Unteroffiziere 20 Pf., an Sergeanten 30 Pf., an Bataillonswelpe 40 Pf., an Feldweibel 50 Pf., als Feuerungszulage für den Tag an Mannschaften 2 M., für Unteroffiziere 3 M., für Kranken von den Freiwilligenkorps bleiben die Sonderbestimmungen bestehen: 1 M. Löhnung täglich und 3 M. Tageszulage. Die Anfallen des Lazarets, die ausschließlich Opfer des Weltkrieges sind, betrachten diese Verordnung als eine Verhöhnung für das Opfer, das sie dem Vaterland gebracht haben. Die Mannschaften und das Sanitätspersonal fordern unbedingt Gleichstellung mit den Mannschaften der Freiwilligenregimenter ohne Unterschied des Dienstgrades betr. Feuerungszulage. Sozial bemerklich ist es, von den Sanitätsmannschaften für 28 Pf. tägliche Entschädigung 10 Stunden Dienst zu verlangen.

Die Friedenslöhnung für Garnisonsoldaten tritt nicht in Kraft. Die Verhandlungen zwischen einer Kommission des Reichslandwehres und dem Unterstaatssekretär über die Höhe der Löhnung, die den Mannschaften bis zum Feldzuge einschließlich die bisherige Löhnung weitergezahlt wird bis zur Demobilisation, die bis zum 1. Mai durchzuführen sein wird. Die Angehörigen des Sanitätsdienstes dürften über diesen Termin hinaus gebraucht werden. Soweit sie nicht in die Reichswehr übernommen werden, sollen sie und die noch benötigten Soldaten durch Zivilvertrag mit Gehältern von 370 bis 500 M. angestellt werden.

Zuckerlegen bei der Reichsstelle für Gemüse und Obst. In der in der Beilage des „Vorwärts“ vom 18. April erschienenen Notiz schreibt und die Reichsstelle für Gemüse und Obst: Der zur Verteilung gelangende Zucker wurde auf eigenmächtige Veranlassung eines Angestellten der Reichsstelle für Gemüse und Obst, welcher dem Wirtschaftsausschuß vorkam, gekauft und für die Angehörigen zum Einkaufspreis zur Verteilung gebracht. Der unterzeichnete Angestellte hat, als er von diesem ohne sein Wissen erfolgten Einkauf Kenntnis erhielt, sofort dagegen Einspruch erhoben und für die Zukunft den Vertrieb von Zucker verhindert. Das Verhalten jenes Angestellten in dieser Angelegenheit hat mit dazu beigetragen, daß er bald darauf aus der Reichsstelle für Gemüse und Obst ausschied.

Die Reichsstelle als solche — und zwar weder die behördliche Verwaltungsabteilung noch der geschäftsführende Vorstand — hat, wie sie mitteilt, nicht den geringsten Einfluß auf die Tätigkeit des Wirtschaftsausschusses und infolgedessen nichts mit der ganzen Angelegenheit zu tun. Die Reichsstelle konnte weder den Zuckerverkauf durch den Wirtschaftsausschuß verhindern, noch auch für dessen Nebenwirkung an Marmeladefabriken Sorge tragen.

Die Erwerbslosenfürsorge Groß-Berlins verzichtet mit Rücksicht auf die Feiertage in der laufenden Woche auf die dritte Abstempelung für die kommende Woche auf die erste Abstempelung der Kontrollkarten bei den Arbeitsnachweisen. Es sind also in beiden Wochen bei der sonst vorgeschriebenen drei Stempel nur zwei Stempel erforderlich.

Von der 7. Kompanie der Republikanischen Schartruppe, Regiment Reichstag, geht und folgende Besondere zu: 110 Mann dieser Kompanie haben sich der Reichswehr angeschlossen und kamen neben anderen Kompanien nach der Kaserne in der Wrangelstraße. Dort sollten sie der an Paul Schwabers 8. Kompanie eingereiht werden und einen Feldwebelmann als Führer erhalten, obgleich sie mit ihrem bisherigen Führer durchaus zufrieden sind. Auch ihre anderen Unteroffiziere sollen mehr oder weniger ausgetauscht werden. Der Vertrauensmann sprach deshalb mit dem Regiment-

führer, der aber erklärte, das sei so Befehl und wer sich nicht fügen wolle, könne gehen. Die 110 Mann sind über dieses Vorgehen empört und wollen sich geschlossen einem anderen Freikorps anschließen.

Weitere 11 Millionen Bauzuschüsse hat der Wohnungsverband Groß-Berlin für den Neubau von 800 Wohnungen bewilligt, die sich auf 13 Groß-Berliner Gemeinden verteilen. Hierunter entfallen zwei Drittel auf Kleinbauten mit Gärten, die zumeist in Form von Einfamilienhäusern errichtet werden, das letzte Drittel in der Innenstadt auf Hochbau, der aber in gesundheitlich einwandfreier Weise, d. h. in hinterhausfreier Handhabung mit großen Innenhöfen ausgeführt wird. Um die vom Wohnungsverband betriebene Behebung des Wohnungsbaumarcktes und Befreiung der Wohnungsnot nicht zu verzögern und die öffentlichen Kräfte nicht in bedenklicher Weise zu überlasten, darf bei Lohnforderungen der Bogen nicht überspannt werden. Der Wohnungsverband hat den Gemeinden empfohlen, den Arbeitern zuzusichern, denjenigen Wohnlohn nachzugeben, der vom Schlichtungsausschuß festgesetzt werden wird, von der Festsetzung vorläufiger Tarife aber abzusehen. Die unter größter Nähe und größten Geldopfern im Gang gebrachten Wohnungsbauten sind bedauerlicherweise durch den Streik der Bauarbeiter seit dem 1. April wieder zum Erliegen gekommen.

Wut über Wut. In der letzten Versammlung der Ortsverwaltung Berlin des Transportarbeiterverbandes ergingen die Kommunisten und ihre Trabanten die Hinausweisung des „Vorwärts“-Berichterstatters. Der im gebührenden Ton gehaltene Protest des anderen Teils der Versammlung hatte zur Folge, daß auch der inzwischen erschienene Mann von der „Freiheit“ abzog.

Die Delegiertenkonferenz der Zivilangestellten bei den militärischen Behörden und Betrieben am 11. April hat, in Ergänzung des bereits abgeschlossenen Tarifabkommens, einen Kollektivvertrag angenommen. Betrieben waren etwa 150 Betriebe in Groß-Berlin und Spandau mit etwa 15 000 Zivilangestellten. Als ständiges Vertretungsorgan wurde ein 14er-Komitee gewählt, wovon unter Vorsitz von Herrn Rechtsanwalt Humberg sofort zusammengesetzt ist und denen der Kollektivvertrag die Verhandlungen mit den Zentralbehörden ausgenommen hat.

Verkehrsverbesserung auf der Stadtbahn. Voraussichtlich vom Sonnabend, den 19. April, ab werden diezüge der Vorortstraßen Potsdam—Erkner wieder über die Stadtbahn geführt werden. An Stelle der Wendelzüge zwischen Stralau-Kummelsburg und Westend treten die Vorortzüge Potsdam—Erkner bzw. Grunewald—Friedrichshagen, während die Wendelzüge zwischen Lichtenberg und Grunewald als Anschlüsse von der Ringbahn zur Stadtbahn und umgekehrt bestehen bleiben. Die Nord- und Südzüge bestehen weiterhin als Vollzüge. Reisende, die vom Kordring bzw. Siedring nach den Stadtbahnstationen gelangen wollen, müssen also in Treptow, Stralau-Kummelsburg, Westend oder Pulentow umsteigen.

Neue Reiseprüfungsstellen sind auf den Bahnhöfen Charlottenburg und Friedrichstraße eingerichtet.

Bermittler Rechtsanwält. Seit dem 7. April spurlos verschwunden ist der 38 Jahre alte Rechtsanwalt Dr. Erich Cohn aus der Lindenstraße 8 zu Steglitz. Der Bermittler ist mittelgroß und kräftig gebaut, hat braunes, dichtes Haar und einen etwas schmalen, kurz geschnittenen Schnurrbart, ein frisches, rundes Gesicht mit dunkelbraunen, etwas vorstehenden Augen und einen großen Mund mit starken Lippen. Zuweilen trägt er auch ein Augenglas.

Bereinigung sozialistischer Handels- und Gewerbetreibender. Am Sonntag tagte eine Versammlung der auf dem Boden der drei sozialistischen Parteien stehenden selbständigen Agenten, Kaufleute und Gewerbetreibenden. Nach einem Referat des Genossen Dr. L. Holz über die dringende Notwendigkeit des Zusammenschlusses der durch den langen furchtbaren Krieg und die allgemeine Krise, besonders durch die vielen Kriegsverordnungen in keiner Weise am schwersten und tiefsten, bis zur völligen Vernichtung bedrohten kleineren selbständigen kaufmännischen und gewerblichen Mittelstände, dem auch die vielen Diskussionsredner aus allen Lagern zustimmten, wurde beschlossen: „Einen vorläufigen, aus je drei Mitgliedern der I. S. P. D., sowie der S. P. D. und eines Juristen als Obmann (Dr. L. Holz) gewählten Ausschuss zu beauftragen, sofort einen Entwurf zur Gründung einer Vereinigung zu entwerfen und dann eine neue konstituierende Versammlung einzuberufen. Alle Beschlüsse wurden einstimmig angenommen. Zahlreiche Anmeldungen waren das erfreuliche Ergebnis. Vorläufige Anmeldungen und Zuschriften sind an Bruno Leub, Berlin G. 19, Rixdammstr. 18/14, zu richten.“

Fast mechanisch reichte ich ihm die Hand, und bald waren wir wieder auf dem Heimwege; die Frau ging, längst wieder an ihrem Kranze flechtend, neben mir, als ich aus andrängenden und sich ineinanderfügenden Erinnerungen wieder aufschaute. „Verzeihen Sie,“ sagte ich, „es kommt mir mitunter, von einem plötzlichen Gedanken bis zur Vergessenheit der Gegenwart hingenommen zu werden. Im Elternhaufe sagte dann mein Bruder, des alten Volksglaubens gedenkend: „Stört ihn nicht, seine Maus ist ihm aus dem Mund gesprungen!“ Aber ich verspreche, sie in Zukunft besser zu übermachen.“

Aus den Augen des Oberförsters traf mich ein verständnisvoller Blick. „Auch wir haben hier den Glauben,“ sagte er; „aber Sie sind bei Freunden, wenn auch nur bei neuen!“ So kamen wir wieder in Gespräch, und während die Lannereien schon tiefe Schatten über den Weg warfen und die Luft mit schwülem Abenddunst erfüllt, gelangten wir allmählich an die Oberförsterei zurück; die Hunde, ohne zu bellen, sprangen uns entgegen, und aus der dampfenden Wiefe, die hinter dem Teiche lag, scholl hin und wieder der scharrende Laut des Wachtelkönigs; ein heimatlicher Frieden war überall.

Die Frau war uns voran ins Haus gegangen, mein Wirt und ich setzten uns auf die Seitenbänke der Haustreppe; aber seine Leute kamen einer nach dem anderen, um zu berichten oder sich Anweisung für den folgenden Tag zu holen; dazwischen drängten sich die Hunde, Fedel und Hühnerhunde, voran das Prachtexemplar eines lohbraunen Schweighundes; zu Erörterungen zwischen uns blieb keine Zeit. Dann erschien meine Landsmännin in der offenen Haustür und lud zum Abendessen; und als wir im bedägligen Zimmer bei einer guten Flasche alten Gardweines saßen, erzählte der Oberförster die Geschichte seines Lieblings, des Lohbraunen, den er als junges Tier von einem ruinieren Spieler gekauft hatte, und von den Heldentaten, welche er schon jetzt gegen die hier insondere tüchtigen Wilderer verübt habe. So gerieten wir in die Jagdgeschichten, von denen eine immer die andere nach sich zog; nur einmal, in einer Pause des Gespräches, sagte Frau Christine wie aus langem Sinnen: „Ob wohl noch die Kate da ist, am Ende der Straße, und das Astloch in der Tür, durch das ich abends hinaus sah, ob nicht mein Vater von der Arbeit komme? — Ja, müßt doch einmal wieder hin!“

(Fortf. folgt.)

Im Wettbewerb

mit der Pracht und Schönheit eines Ostersonntags würden Sie, mit diesem Kleide angetan, nicht zurückzustehen brauchen.

Das Kleid ist aus vorzüglicher Paillette-Seide hergestellt und mit entzückender silberfarbener Stickerei verziert. Aparte Knöpfchen, sehr wirkungsvolle Oesengarnierung, sowie eine große Schleife im Rücken sind noch als besonders reizvoll hervorzuheben.

Nr. 235-

Königstr. 33
Am Bahnhof Alexanderplatz
Chausseestr. 113
Beim Stettiner Bahnhof
Sonntags geschlossen!

C & A



Weltbekannt und anerkannt
ist der
Vervielfältigungs-Apparat
Schapirograph.
Wieder mit echten Glycerin-Rollen Lieferbar!
Tadellos scharfe Abzüge von Handschrift, Maschinenschrift oder Zeichnung.
Einfachste und praktischste Handhabung.
Billigster und bester Vervielfältigungsapparat.
Man verlange kostenfrei Prospekt u. Druckproben.
A. Schapiro, Berlin C, Stralauer Str. 56.
Telephon: Zentrum 7891. 6/2*

Zeit·Arbeit·Geld
sparrst du bei Verwendung von
Schuhcreme
Perlster
Luxus-Qualität + Haushalt-Marke
zu haben in allen einschlägigen Geschäften.
CHEMISCHE WERKE GEBR. SCHULTZ PEPLERS

Homburger
ELISABETH BRUNNEN
Chronische Katarrhe des Rachens, Magens und Darms, Gebärmutter- und Frauenleiden, Gallensteine, Gicht, Zuckerkrankheit, Verstopfung, Blinddarm-Entzündungen und wie die schrecklichen Namen alle lauten — ein Trostwort für Leidende heißt: „Homburger Elisabeth-Brunnen“. Er ist in allen Apotheken und Mineralwasser-Handlungen erhältlich, und zwar in Original-Brunnen-Abfüllung.

Zähne m. echtem Friedenskautschuk 4 M.
3 Jahre Garantie. Zahngelassen in Verbindung mit Weissen u. Schiffsen gratis. Goldkrone 5, 20 M. an. Einz. Zähne ohne Zahnpraxis Hatvan, 600 Schilling, Wien

Kredithaus „ANDERS“
am Bahnhof Wedding.
Größtes Haus direkt am Nettelbeck-Platz.
Auf Teilzahlung
MÖBEL
und **Polsterwaren**
Riesen-Auswahl. Billigste Preise. Sehr kulante Bedingungen.
Kredithaus „ANDERS“
Größtes Haus direkt am Nettelbeck-Platz.
Reinickendorfer Straße 16
Pank- und Gerichtstrassen-Ecke.
Partorre, I., II., III. u. IV. Etage.

Rauchtabak
(Fein Erfab), garantiert echter reiner Blättertabak, 10 Päckchen 22, 100 Päckchen 20, 200, Zigarren: 100 Stk. 90, 200 Stk. 120, 300 Stk. 150, 500 Stk. 200 nur Probe je 5 Stück zusammen 10 Stück 22, 12, 40.
L. Manheimer, Berlin
Friedmannstr. 1 (nahe Kreuzberg)

Stoffe
für **Damen-Kostüme**
Meter 20, 30, 40, 50.
Herren-Anzüge
Meter 50, 60, 70, 80.
Tuchlager
Koch & Seeland
G. m. b. H.,
Gertraudenstr. 20/21
Verkaufszeit v. 8-2 Uhr.

!!! Geld !!!
für jede Wertsache. Höchste Verkaufspreise für Pfand, Waare, Brillanten, Goldgegenstände, Teppiche, Hüter aus Woll, Friedrichstr. 41 III. Ecke Reichstr.

Möbel-Cohn
im Osten: **Große Frankfurter Str. 58**
(5 Minuten vom Alexanderplatz)
im Norden: **Badstraße 47/48**
Möbel
gegen bar oder Teilzahlung
Spezialität:
Wohnungseinrichtungen
Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, Polsterwaren, farbige Klischee, einzelne Möbel.
Riesen-Auswahl — Billigste Preise.
Sehr kulante Bedingungen und größte Rücksichtnahme.
Lieferung frei Haus.
Liefere auch nach auswärt.
Kriegsanteile und Sparkassenscheine nehme gern als Anzahlung.

Prozesse, Rat, Beistand, mäßige Preise, Teilzahlung, Ehe-, Alimenten-, Strafsachen, Eingaben, Gnadengesuche, landgerichtl. Dr. v. Kirchbach Gesellschaft m. b. H., Alexanderstraße 48 (am Alexanderplatz, gegenüber Metz), (9-7) Offiz. Erfolge! Beobacht. Sonnt. 10-12
Lanolin-Cream Marke „Pfeilring“
in Tuben u. Dosen in all. Apotheken, Drogerien und Friseur-geschäften und Friseur-häutlich, das unübertroffen Beste zur Hautpflege.
Vereinigte Chemische Werke Aktien-Gesellschaft.
Abteilung Lanolin-Fabrik Martinikenfelde, Charlottenburg, Salauer 16.

Bei **Husten, Heiserkeit, Verschleimung**
und vielen anderen, auch schwersten, Hals- u. Lungenerleiden sowie bei Grippe erproben, wie zahlr. Mitteilungen von Bergern, Apotheken, Heilenden ehrenvoll bewiesen, unsere **Rotolin-Pillen**
in jahrelanger Praxis — vorzügliche Erfolge.
Erhältlich zu 25, 50, 100 per Schachtel in allen Apotheken; wenn nicht vorräthig, auch direkt u. uno durch unfr. Fernschreib-Apoth. Ausführliche Prospekt kostenlos.
Ploetz & Co., Berlin SW 68
Hauptniederlage für Rotolin-Pillen
Samueliter-Apothek Berlin SW,
Kreuzberger Str. 41. Morg. 1013.

Ein Freudentag ist Washtag
mit dem patentierten, vollkommen selbsttätig arbeitenden „Liebig's“ **Dampf-Wasch-Automaten**, der sparsam Arbeitzeit, Arbeitslohn, Stelle und Feuerung erspart und in jedem Raum für Gas- und Küchenherd benutzbar ist, ohne jede Bedienung, größte Schonung der Wäsche, selbst mit den markentesten Seifenzusätzen, wovon wir das Bestbewährte auf Wunsch liefern. Die Anschaffung wird evtl. auch durch bequeme Zahlungsweise erleichtert. Preis je nach Größe und dem zurzeit in Frage kommenden Feuerungsantrieb von 61 Mark an.
Näheres durch Preisliste V. mit Abbildungen gratis.
„Liebig's“ Dampf-Wasch-Automaten-Zentrale, Berlin-Wilmersdorf, Hohenrollerdamm 27a.

Schreibmaschinen sofort versandfertig in **Blücher, Ideal, Continental, Mercedes, Oliver, Remington, Smith-Premier, Underwood, Corona, Remington, Rival, Reisinger** Maschinen mit alle Systemen. **Kohle-, Wachsdurchschlagpapier, Farbbänder, Mädel.**
Schäfer & Claus, Berlin
Seligener Straße 18. Zentrum 9311, 9320, 9701.

Ardeltwerke, G. m. b. H.
Eberswalde bei Berlin
Fernspr. No. 34, 389, 407 u. 410 Abteilung
Telegr.-Adresse: Ardeltwerk } Zahnradfabrik
Zahnräder jeder Art
Verzahn. eingesandt. Körp. in 2-3 Arbeitstag.
142L*

Soziales.

Einstellung von Angestellten.

Die Verordnung der Reichsregierung vom 24. Januar 1919 über Einstellung, Entlassung und Entlohnung der Angestellten hat eine nicht unwesentliche Erweiterung erfahren.

eintritt müssen für diejenigen, die vor dem 1. April 1919 aus dem Wehrdienst entlassen sind, spätestens bis 30. April 1919 erfolgt sein.

An den Demobilisationsminister richten wie die Frage, wie sich diese sowie die Verordnung vom 24. Januar mit dem in der Verordnung über Freimachung von Arbeitsstellen vom 28. März 1919 ausgesprochenen Entlassungsgebot verträgt?

Ein neuer Zweig konsumgenossenschaftlicher Arbeit.

Jetzt ist ein Großfischereibetrieb unter Beteiligung der Konsumgenossenschaftsbewegung ins Leben getreten.

der Fischerei sollen drei Gesellschaften gegründet werden: eine Reederei mit vorläufig 50 Fischdampfern, eine Vertriebsgesellschaft und eine solche für die Landanlagen.

Freimachung von Arbeitsstellen. Die Verordnung des Demobilisationsausschusses Groß-Berlin vom 2. April, die wir in der ersten Beilage der Nummer 175 des 'Vorwärts' auf Seite 4 dem Wortlaut nach veröffentlicht haben,

SALZGEMÜSE

Rotkohl - Weisskohl - Wirsing - Spinat - Möhren - Bohnen

Die Hausfrau

verwendet das Gemüse nach ausreichendem Waschen wie frisches Gemüse. Sie findet keinen Abfall und bereitet bei dem billigen Preise und der vorzüglichen Qualität ein gutes, schmackhaftes Mittagmahl für den bürgerlichen Tisch.

Der Kleinhändler

kauft die Gemüse in ganzen Fässern von seinem Großhändler. Er verzicht nicht, den Käufern die Kochvorschriften in die Hand zu geben, die er in angemessener Maße mitgeliefert erhält.

Der Grosshändler

Max Schneider, Berlin-Cöpenick, J. Gosowsky, Berlin, Magazinstr. 17, Wilhelm Göbel, Berlin, Gr. Frankfurter Str. 137, Max Häuser & Co., Berlin N. 4, Bergstr. 34/35.

Der Vertreter

Agenturen für Lebensmittel G. m. b. H., Berlin S. 39, Ernst Beuermann, Berlin W. 15, Rudolf Carins, Berlin NW. 32, Dalbergs-Möhring, Berlin C2, Joh. Dettmann, Berlin-Wilmersdorf.

Weitere Großhändler: Gebr. Weigert, Berlin, Zimmerstr. 96, Konsumgenossenschaft Berlin und Umgebung, Werner Eberlein, Berlin, Stralsunder Straße, R. Schröter, Berlin SO. 10, Adalberstr. 52, Gebr. Hajesch, Berlin O., Weidenweg 24, Gebr. Groh, Berlin SO. 36, Mühlstr. 5, Müller & Braua, Berlin N. 34, Gebr. Gause, Berlin C., Brüderstr. 7.

C. Buchholtz, Berlin-Cöpenick, Ernst Hoffmann, Berlin-Cöpenick, Kaise-Wilhelmstr. 9, Einkaufsgenossenschaft Cöpenicker Kolonialwarenhandler, Otto Schoening & Co., Berlin-Friedenau, Lauterstr. 16, Paul Brand, Berlin-Cöpenick, Wilh. North, Berlin, Albert Müller, Berlin, Petersburger Straße 25, J. D. Riedel, A.-G., Berlin.

Weitere Vertreter: Franz Jos. Glörzer, Berlin W. 30, H. Hackbart, Berlin N., Otto Hanks, Berlin-Tempelhof, Otto Herms, Berlin NO. 55, Gerh. Hirsching, Berlin NW, Ludwig Kanter, Berlin W. 30, Wilh. Kanitz, Berlin NW. 23, Georg Kewitz, Berlin S. 61.

Walter Köster, Berlin-Wilmersdorf, August A. Kunze, Berlin N. 54, Henr. Lottmann, Berlin SW, Fritz Manasse, Charlottenburg, Franz Pasch, Berlin SW. 28, H. Passek, Berlin W. 5, Eugen Riel, Berlin W. 51, Salo Rubin, Berlin NW. 23.

Wilh. Runge, Berlin C. 2, Eugen Szanli, Berlin W. 20, Aug. Schönebeck, Berlin N. 28, Reinh. Schwarz, Berlin W. 37, J. Sternberg, Berlin-Schöneberg, Wilh. Willgerodt, Berlin-Wilmersdorf, W. Wolfes, Berlin W., Herzberg & Co., Charlottenburg.

Opernhaus: Öffentliche Hauptprobe für das IX. Sinfonie-Konzert. Anfang 7 1/2 Uhr.

Schauspielhaus Die Räuber. Anfang 7 Uhr.

Volkshöhle: Theater am Bülowplatz. Direktion Friedrich Kayler. 7 1/2 Uhr: Penthesilea.

Kleines Schauspielhaus: Die Büchse der Pandora. Freitag geschlossen.

Königgrätzerstraße: Theater I. d. Dir. C. Reinhard-R. Bernauer. 7 1/2 Uhr: Der Vater.

Komödienhaus: an der Marschallbrücke. 7 1/2 Uhr: Feldherrnhügel.

Berliner Theater: 7 1/2 Uhr: Sterne, die wieder leuchten.

Trianon-Theater: 8 1/2 Uhr: Der gute Ruf.

Der gute Ruf: von Hermann Sudermann. Sonntag 4 1/2 Uhr: Händel und Grell.

Theater der Friedrichshof: 7 1/2 Uhr: Die Geisha.

Casino-Theater: 7 1/2 Uhr: Vater Knolle.

Vater Knolle: In allen Feiertagen 3 Vorstellungen.

METROPO: KABARETT BERLINSTR. 32

BRAUNES DIELE: ALEXANDERSTR. Claire Feldern, Paul Coradini, Mary Walter, Max Peltini, Rosi Körner, Eugenie Hüter, Kurt Helmstedt.

Lewising-Theater: 7 1/2 Uhr: Der Blaufuchs.

Deutsches Künstler-Theater: 7 Uhr: Der Schöpfer.

Central-Theater: 7 1/2 Uhr: Die Schönste von Allen.

Deutsches Opernhaus: 7 Uhr: Eugen Onegin.

Friedr.-Wilhelmst. Theater: 7 1/2 Uhr: Dorf ohne Glocke.

Kleines Theater: 7 1/2 Uhr: Tabula rasa.

Komische Oper: 7 1/2 Uhr: Schwarzwaldmädel.

Metropol-Theater: 7 Uhr: Die Fäehingstee.

Palast-Theater: 7 1/2 Uhr: Die keusche Susanne.

Thalia-Theater: 7 1/2 Uhr: Zur wilden Hummel.

Theater des Westens: 7 1/2 Uhr: Dollarprinzessin.

Waller-Theater: 7 1/2 Uhr: Geisha.

National-Theater: 7 1/2 Uhr: Die Kinopuppe.

Luisen-Theater: 7 1/2 Uhr: Berlin - Hamburg - New York.

Residenz-Theater: 7 1/2 Uhr: Schneewittchen.

Das höhere Leben: Von Hermann Sudermann.

Rese-Theater: 7 1/2 Uhr: Stärker als der Tod.

Apollo-Theater: 7 1/2 Uhr: April.

3 Dardanis: Universalakt.

Kara: Weltmeister der Jonglierkunst.

Ein Sängler: ehemalige Mitglied, d. Stettiner Sängler.

Blüthen-Konzert: Beginn 7 Uhr.

Reichshall-Theater: 7 1/2 Uhr: Stettiner Sängler.

Admirals-Palast: 7 1/2 Uhr: Im Gespenster-Schloß.

Philharmonie: Donnerstag, 24. April, 7 1/2 Uhr: Sechstes Konzert.

HUBERMAN: Am Klavier: Paul Frenkel.

Wiederholung: Freitag, 25. April, 7 1/2 Uhr.

Kaffee u. Konditorei Prager Platz: Am Prager Platz 42.

Walhalla-Theater: 7 1/2 Uhr: Der Jäger aus Kurpfalz.

Balley Astrix: Geheimnisse a. der Wunderwelt.

Fakir u. Yoga-Kultur: u. d. 18. April-Schlager.

Tänze: m. d. riviz. Kinder-Ballett.

Winter-Garten: Täglich 7 1/2 Uhr: Varieté-Spielplan.

Theater a. Kottbuser Tor: 7 1/2 Uhr: Eine Sängler.

Prachtsäle des Westens: Spichernstr. 8.

Gr. Ball: Jeden Dienstag, Mittwoch, Donnerstag und Sonntag.

Wollen Sie gefilmt werden, dann seien Sie heute nachm. 2 Uhr vor dem Film-Palast.

Film-Palast: (Kellers festställe) Kopenstr. 29.

Kinematogr. Massenaufnahmen fürs Publikum.

ALRAUNE: NACH DEM ROMAN VON HANN HEINZ EWERS MARMORHAUS. Dir. JIEBERT GOLDCHMIDT & Ehrenkarten haben keine Gültigkeit. Vorverkauf täglich von 11-1 Uhr.

NATIONAL-THEATER Cöpenicker Str. 66. An allen Feiertagen nachm. 2 1/2 und 7 1/2 Uhr: Die Kinopuppe.

Volkoper Walhalla-Theater: 1. und 2. Osterferien nachmittags 3 Uhr: Der fliegende Holländer.

Film-Palast: Kellers Festställe, Kopenstr. 29. Eröffnungs-Vorstellung Sonnabend, 19. April 1919. Das Kaviar-Mäuschen.

Skandinavia: Direkstenstraße 26-27, Alexanderplatz (gegenüber Bahnhof). Oskar Rieck, Rönau-Horwitz, Duot, Hella Bella, Rudi Erdmann, Geschwister Trilby.

Weinstuben - Winzerlauben: Orchester: Heinz Schmidt. Moderne Tanz-Vorführungen: Geschwister Trilby, Gesang. In der Billard-Akademie: BILLARD-WETTSPIELE unter anderen: Jean Bruno Bar-Betrieb.

Umtausch: Hier zwei veränderte oder schlechte eine gute Schallplatte im Umtausch, Friedbergstraße 235

Der Angestelltenstreik.

Der Kampf um das Mitbestimmungsrecht.

Nicht mehr um materielle Forderungen wird in dem gewaltigen Kampfe gerungen, den gegenwärtig die Angestellten in der Metallindustrie und die Bankbeamten mit den Prinzipalen ausfechten, sondern um ideale. Die Regierung hat zwar die Forderung gegeben, daß sie ein Gesetz über das Mitbestimmungsrecht baldigst einbringen wolle, diese Forderung sowie die von den Unternehmern bereits gemachten Zugeständnisse werden indessen von den Streikenden als nicht genügend erachtet. Ein weiterer Versuch von Delegierten der Bankbeamten, in direkter Verhandlung mit der Regierung in Weimar größere Zugeständnisse herauszuholen, ist ergebnislos gewesen.

Der Reichspräsident Ebert, der die Kommission empfing, soll sich den Forderungen der Angestellten gegenüber sympathisch verhalten, jedoch zum Ausdruck gebracht haben, daß er nicht die Macht habe, das Gesetz genau so wie es die Angestellten wünschen, durchzusetzen. Reichsarbeitsminister Bauer erklärte, die Forderung eines Mitbestimmungsrechtes sei berechtigt, soweit es sich auf die Fragen der Kündigung, Beförderung, Verletzung von Angestellten usw. erstreckt. Dagegen siehe nach seiner Auffassung den Angestellten ein Mitbestimmungsrecht bei Einstellungen aus dem Grunde nicht zu, weil die Einstellung dem Dienstvertrag zeitlich vorausgeht, also noch gar nicht unter die Paragrafen des Dienstvertragsvertrages falle. Uebrigens würde die Verankerung der Betriebsräte an sich ja schon genügen, um alle Streitfragen mit Hilfe des Schlichtungsausschusses aus dem Wege zu räumen. In der Praxis würde es ja schließlich so sein, daß die Betriebsräte alle Angelegenheiten, auch bei Einstellungen, die nach Ansicht der Bankbeamten auf die Allgemeinheit schädlich wirken könnten, dem paritätischen Schlichtungsausschuss zur Erledigung übergeben würden. Die Delegation machte daraufhin den Einwand geltend, daß dies nur für große Betriebe zutrefte, wo es genügend rüchgratartige Elemente gebe, die in der Lage wären, nötigenfalls ihr Recht durchzusetzen. In kleinen Betrieben aber, wo der einzelne durchaus abhängig sei, müßten durch ein Gesetz gewisse Richtlinien geschaffen werden, die von beiden Parteien zu respektieren seien. Der Reichsarbeitsminister, der inzwischen auch mit den Vertretern der Vorkontrollen konferiert hatte, sah diese Notwendigkeit ein und erreichte auf dem Verhandlungsweg, daß durch einen von ihm zu ernennenden Kommissar in Berlin die Verhandlungen über das Mitbestimmungsrecht erneuert aufgenommen würden. Er sprach die bestimmte Erwartung aus, daß die Bankbeamten sich diesem Urteilspruch, der nach seiner Ansicht beide Teile befriedigen würde, auch fügen würden. Die Bankbeamten konnten keine bindende Zusage geben, da sie lediglich die Vertreter der Obleute der Streikenden seien, und der Obleute-Versammlung die endgültige Entscheidung anheimgestellt werden müsse.

Die „Freiheit“ benutzt natürlich auch diesen Kampf, um die sozialistischen Mitglieder der Regierung als Männer zu stempeln, die sich im „Schleppian der Kapitalisten“ befinden. Die „Freiheit“ tritt nach unserer Auffassung etwas früh als Späße des Schlachtfeldes auf.

Wir gönnen ihr das zweifelhafte Vergnügen und hoffen nur, daß es baldigst gelingen möge, diesen Kampf durch entsprechendes Entgegenkommen auf beiden Seiten zu beenden.

Der Stand des Streiks.

Nach den bisher eingegangenen Abstimmungsergebnissen kleiner, mittlerer und großer Betriebe läßt sich ersehen, daß die große Mehrheit der Angestellten für den Streik ist. Mittwoch haben die Angestellten der Warenhäuser, Wertheim und Jandorf — zusammen etwa 10 000 — gemeinsam über den Streik abgestimmt. Davon fielen 12 Stimmen gegen den Streik. Im Ausstand befanden sich am Mittwoch abend 6 Uhr die Waren- bzw. Kaufhäuser Diez, Wertheim, Jandorf, Kaufhaus des Wehens, Berlin, Dergog, A. Müller, S. Adam, Leineweber, Edders, Pichels, um nur die größten zu nennen. Eine große Anzahl mittlerer und kleiner Betriebe steht ebenfalls schon still. Eine Anzahl von Betrieben hat das Mitbestimmungsrecht ihrer Angestellten bereits bewilligt und ist deshalb vom Streik verloschen geblieben. Eine Anzahl anderer Firmen hat sich die Forderungen der Angestellten über das Mitbestimmungsrecht kommen lassen und hat ebenfalls ihre Bereitwilligkeit erklärt, sie zu bewilligen. In der Schaubranche war die Abstimmung geheim. Von 240 Abstimmenden erklärten sich 40 gegen den Streik.

Keine Ausdehnung des Streiks auf die Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerke.

Entgegen allen anders lautenden Nachrichten steht die Zentralstreikleitung nach wie vor auf dem Standpunkt, daß die Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerke vom Streik ausgeschlossen sind.

Einigungsversuche im Bankbeamtenstreik.

Im Siemenshaus in der Schöneberger Straße trafen am gestrigen Mittwoch nachmittags Vertreter der Bankbeamten und der Vorkontrollen zusammen, um unter dem Vorsitz von Lademann, als Vertreter der Regierung, die abgebrochenen Verhandlungen wieder aufzunehmen. Es handelt sich vor allen Dingen bei den schwierigen Verhandlungen darum, einen Robus über das Mitbestimmungsrecht der Angestellten zu finden, ferner auch die Frage eines Reichsarbeitsgesetzes nach Möglichkeit zu lösen. Im Namen der Streikenden legte Emontz noch einmal dar, aus welchen Gründen die Bankbeamten das Mitbestimmungsrecht bei Kündigungen, Entlassungen und Beförderungen wünschten. Bei dem Reichspräsidenten sollen bestimmte Urteilsinstanzen eingerichtet werden als Wechselschlichter für die in der Provinz tätigen Bankbeamten. Dr. Mosler betonte, daß der neugebildete Arbeitgeberverband lediglich zu dem Zwecke konstituiert habe, um einen festen Tarifvertrag zu schaffen und Streikigkeiten aus der Welt zu bringen. Einen Reichstaxiführer könne man aber aus verschiedenen Gründen nicht bewilligen, da für die Filialen und Nebengeschäfte der Banken zum Teil ganz andere Verhältnisse in Frage kämen. Ueber die Urlaubsfrage werde man sich verständigen. Herr v. Siemens vertrat den Standpunkt, daß die Regierung das Mitbestimmungsrecht doch schon zugestanden habe, und daß es diese, ein Präjudiz zu schaffen, wenn man über das Kabinett und das Plenum der Nationalversammlung hinweg für eine bestimmte Angestelltenkategorie eine Norm festlege, an die somit die ganze Industrie gebunden sei. Fürstenberg sagte aus, daß die Bankbeamten gegen der Aufforderung der Vorkontrollen, die so notwendige Ordnung wieder herzustellen, bereit seien, nachzukommen, aber sie vermühten den guten Willen auf der Gegenseite. Das Mitbestimmungsrecht bei Entlassungen solle Vorbehalten werden, das denjenigen verbietet, die jetzt bei dem Ausstand eine

führende Rolle spielen. Das Mitbestimmungsrecht bei Neueinstellungen verbiete das

Einsparungsgeld von Protektionkindern.

Die den altbetrieblenen Beamten den Aufstieg erschwerten. Die Verhandlungen spitzten sich teilweise recht persönlich zu, so daß der Vorsitzende Lüdemann schließlich vorklug, den Gegenstand der Verhandlung zu teilen und zunächst lediglich eine Besprechung über das Mitbestimmungsrecht, später eine solche über den Reichstaxiführer zu veranstalten. In der Frage des Mitbestimmungsrechtes zogen sich die Debatten stundenlang hin, ohne daß beide Parteien wesentlich von ihrem prinzipiellen Standpunkt abzuweichen geneigt waren. Die Vorkontrollen sowie die Vertreter der Angestellten beharrten auf die bisher vertretenen Prinzipien. Seitens der Arbeitgeber wurde der Einwurf geltend gemacht, daß ein Mitbestimmungsrecht der Angestellten bei Einstellungen zu einer Entlohnung und Erleichterung der Betriebe führen würde, da die Geschäftsleistung so nicht mehr in der Lage sei, besonders tüchtige Leute zu sich hinüber zu ziehen. Bankbeamter Marx dagegen erwiderte, daß gerade jetzt ein so bedeutendes Umlauf angenommen habe, daß man jetzt bei der Deutschen Bank schon von „Wutterproduzenten“ spreche. Die Vorkontrollen hielten ein Einsparungsrecht bei Einstellungen und Beförderungen völlig inakzeptabel. Infolgedessen endigte die Versammlung nach langen Debatten, ohne einen nennenswerten Erfolg zu haben.

Keine Teilnahme der Angestellten des Reichsernährungsministeriums.

Nach der Auffassung des Angestelltenausschusses des Reichsernährungsministeriums würde eine Teilnahme der Angestellten des Reichsernährungsministeriums ebenso wie der aller angeschlossenen Kriegesgesellschaften eine schwere Gefahr für die Volksernährung bedeuten. Der Angestelltenausschuss des Reichsernährungsministeriums (240 Angestellte vertreten), beschloß daher an dem Angestelltenstreik nicht teilzunehmen.

Die Krankenkassenangestellten und der Streik.

Die Krankenkassenangestellten nahmen gestern nachmittags in einer im Nonfordlokal abgehaltenen stark besuchten Versammlung Stellung zum Streik der Industrie- und Bankangestellten. Rada, Mitglied der Streikleitung, gab einen Situationsbericht und beantragte eine Resolution, worin die Krankenkassenangestellten den Streikenden volle Sympathie und finanzielle Unterstützung zusichern. Aus der Versammlung ging eine Resolution ein, welche verlangt, daß die Krankenkassenangestellten am 17. April in den Sympathiestreik eintraten und dann nur noch die von der Streikleitung als erforderlich erachteten Notstandsarbeiten unter Aufsicht der Betriebsräte ausführen.

Ein Disziplinardirektor beantragte, daß auch die Krankenkassenangestellten das volle Mitbestimmungsrecht fordern und falls die Kassenbestände diese Forderung nicht bis zum 19. April anerkennen, zu weiteren Maßnahmen schreiten sollen.

In der Diskussion kam die Sympathie mit dem Angestelltenstreik unangekündigt zum Ausdruck. Aber über die Frage eines Streiks der Kassenangestellten waren die Meinungen geteilt. Nur einzelne Redner traten für den Sympathiestreik ein. Die meisten hielten ihn nicht für angebracht. Ein Streik der Krankenkassenangestellten — so wurde angeführt — sei gar nicht geeignet, einen Druck auf die großen Unternehmer der Metallindustrie auszuüben. Nur die Regierung, aber nicht die jegliche, könne die Unternehmer zum Nachgeben zwingen. Wenn die Kassenangestellten streikten, so würden dadurch in erster Linie

die Kranken Arbeiter schwer geschädigt.

Wenn die Kranken nach den Bureaus der Kassen kommen und die Ären verschlossen finden, so werden sie den Streikbeschluss nicht billigen.

Die Resolution, welche die Arbeitsniederlegung der Kassenangestellten fordert, wurde mit allen gegen einzelne Stimmen abgelehnt und die allgemeine Erklärung der Sympathie und der finanziellen Unterstützung einstimmig angenommen. — Der Antrag, wonach sich die Vorstände bis 19. April zur Forderung des Mitbestimmungsrechtes erklären sollen, fand Ausnahme gegen eine schwache Minderheit.

Die Einigung

im Streik der Metallindustrieangestellten in Sicht.

Im Berliner Volksgarten kamen am gestrigen Mittwochabend die Vertreter des Verbandes Berliner Metallindustrieller und der Streikleitung zusammen, um die am letzten Montag abgebrochenen Verhandlungen wieder anzuknüpfen. Seitens der Vertreter der Streikenden wurde an die Vertreter der Arbeitgeber die Anfrage gerichtet, ob sie in der Frage der Mitbestimmung bei Einstellungen eine bindende Erklärung abzugeben imstande seien. Die Metallindustriellen zogen sich daraus zu einer fast zweiwöchigen Verzögerung zurück, deren Resultat folgendermaßen verlautete:

1. Der Verband bestätigt den von seinen drei Vertretern am Montag, den 14. April, abends, für den Verband abgegebenen schriftlich formulierten Vorschlag und hält an ihm fest, obwohl dieser durch den Beschluß der Obleute abgelehnt und dadurch an sich hinfällig geworden ist, und obwohl der Generalstreik, der durch das Entgegenkommen der Verbandsvorstände im Interesse der deutschen Volkswirtschaft vermieden werden sollte, inzwischen beschlossen worden ist.

2. Im Verfolg der in dem Vorschlag vom Montag enthaltenen Anregung, die Behandlung der Frage des Mitbestimmungsrechtes bei Einstellungen einer zu diesem Zwecke besonders eingesetzten paritätischen Kommission zu übertragen, schlägt der Verband vor, gemeinsam die Reichsregierung zu ersuchen, diese Kommission unverzüglich einzuberufen.

Als Vertreter der Streikenden erklärte Kaufhäuser, daß die Einigung einer paritätischen Kommission nicht den Forderungen der Streikenden entspreche. Sie seien jedoch bereit, vor der Regierung nochmals über diese Frage zu verhandeln. Man habe allerdings gewünscht, schon heute diese Differenz aus der Welt zu schaffen.

Ministerialdirektor Kluge betonte, daß die Hauptdifferenzen jetzt eigentlich aus der Welt geräumt seien. Es handle sich heute doch lediglich um die Frage, ob eine Formulierung der grundsätzlichen Uebereinstimmung beider Parteien gefunden werden könne. Bei Schluß des Berichtes dankte die Verhandlung noch fort, doch scheint es, als ob noch heute eine Einigung zustande kommt.

Bezirkstreikbureaus für die Angestellten der Waren- und Kaufhäuser und Spezialgeschäfte.

Offen. Große Frankfurter Str. 28 bei Dölling. Post. 997.
Köpen. Grunnenstr. 173 bei Ledeker. Norden 2360.
Eben. Stäfelstr. 8 bei Schüttler. WdL. 8069.
Zentrum. Kopenh. 6 bei Sasse. Str. 7446.
Schöneberg. Tempelhofer Ufer 4 bei Scharr. Kollend. 1841.
Leipzigerstraße. Krausenstr. 52/53 bei Habel. Str. 110 91.
Charlottenburg. Wollauerstraße 81 bei Berdes. Scheinpl. 6611.
Alexanderplatz. Silasplatz, Ecke Kurze Straße bei Herle.
Hauptstreikbureau: Haberlands Festhalle, Neue Friedrichstr. 85, Zimmer 8.

Sämtliche Kollegen und Kolleginnen haben sich den Streikbureaus sofort zur Verfügung zu stellen, die ihrem Geschäftsbetrieb am nächsten liegen. Dort sind auch sämtliche Nachrichten entgegenzunehmen. Die Streikleitung.

Angestellten-Ausschüsse der Kriegsvorgangskationen!

Es wird nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß sämtliche Kriegsvorgangskationen die Urabstimmung über die Frage des Streiks unbedingt bis heute Donnerstag, den 17. April, vorzunehmen und das Resultat bis 1 Uhr mittags bei dem Arbeitsausschuss, Potsdamer Straße 81, bekanntzugeben haben. Bei der Urabstimmung sind sowohl die für wie gegen den Streik abgegebenen Stimmen anzugeben. Verhandlungen mit der Zentralstreikleitung werden lediglich vom Arbeitsausschuss geführt.

Taggruppe III (Kriegsvorgangskationen).

Wir werden um Aufnahme folgender Erklärung ersucht:

In der heutigen „F. Z.“ wird der Zentralstreikleitung der Angestellten der Botschaft gemacht, mit unfairen Mitteln zu arbeiten. Wir befürchten, von der Zentralstreikleitung in einer Versammlung am Montag, den 14. d. Mts., die Befreiung erhalten zu haben, als lebenswichtiger Betrieb vorläufig nicht in den Streik zu treten. Vollständig unrichtig ist die Darstellung der „F. Z.“, durch welche der Anschein erweckt wird, daß sich der Angestelltenausschuss der Städtischen Elektrizitäts-Werke in einem Gegensatz zur Streikleitung befindet.

Wir stellen hiermit nochmals ausdrücklich fest, daß wir uns strikte an die Befehle der Zentralstreikleitung halten werden.

Richtig ist nur, daß wir uns an der Dienstag-Sitzung nicht beteiligt haben und daher die in den Morgenblättern veröffentlichten Erklärungen nicht abgegeben haben können.

Die übergroße Mehrheit der Angestellten der Städtischen Elektrizitäts-Werke steht fest hinter den Forderungen der Streikenden und ist gewillt, dieselben in jeder Weise zu unterstützen.

geg.: H. Hendrich, Obmann der St. E.-W.
geg.: G. Vogt, stellv. Obmann.

Heute vormittag 10 Uhr: Versammlung sämtlicher Obleute aller Branchen in Haberlands-Festhalle, Neue Friedrichstraße 85. Eintritt nur gegen Vorzeigung der Legitimation. Die Zentralstreikleitung.

Angestelltenversammlung. Heute Donnerstag nachmittag 2 Uhr

Vollversammlung der Angestellten der Firma Schwarzlopp und Bergenthaler Sechsmaschinen-Fabrik Berlin, in den Vorwärts-Sälen, Adlerstr. 6/7. Nach der Versammlung: Gemütliches Beisammensein. Die Streikleitung.

Obleute der Holz- und Möbelindustrie und des Handels. Der bei Landré versammelte Jünger- und Lehner-Ausschuss der Taggruppe II gab einstimmig seine Sympathie den Streikenden kund. Sämtliche Obleute und Vertrauensleute der Gruppe versammelten sich heute, Donnerstag, nachmittag 5 Uhr im Weihenstephan, Friedrichstr. 178, wo Stellung zum allgemeinen Streik genommen werden soll. Urabstimmung in den Betrieben vorzunehmen und Resultat schriftlich mitzubringen!

Wie Lenin über Streikende spricht.

Ein russischer Genosse schreibt uns:

Das Genosse Robert Schmidt bei der Verantwortung der sozialdemokratischen Lebensmittelpetition scharfe Worte gegen die Streiks gebrauchte, rief auf Seiten der Unabhängigen die obligate Empörung empor. Auf dieser Seite will man nicht verstehen — oder es ist möglich, daß man wirklich nicht verstehen kann — daß das Streiken jetzt hauptsächlich einer Selbstverteidigung der Arbeiter gleichkommt. Die Aufgabe der Führer versteht man dort darin, daß man stets den Massen und ihren Stimmungen nachzulaufen hat. Daß der Führer die Pflicht hat, zu warnen und sich erforderlichenfalls unter Ausbietung seiner ganzen Kraft der Strömung entgegenzusetzen, davon haben diese Art von Führern keine Ahnung, dafür haben sie kein Herz. Sie sollen dann wenigstens bei Lenin lernen, wie sich ein Führer zu verhalten hat, wenn er gegen etwas ankämpft, was ihm in den eigenen Reihen als schädlich erscheint. Hier nur ein Beispiel.

In der „Pravda“ vom 19. September 1918 veröffentlichte Lenin einen Artikel, betitelt: „Ueber den Charakter unserer Presse“, in dem er über die bolschewistische Presse ein vernichtendes Urteil aussprach. Wir wollen aber davon absehen und nur die Stelle anziehen, in der Lenin u. a. auch über Streikende folgendes sagt:

„Besteht denn der Klassenkampf in der Zeit des Uebergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus — ruft Lenin aus — nicht darin, daß die Interessen der Arbeiterklasse vor jenen Häuslein, Gruppen oder Schichten von Arbeitern geschützt werden, die hartnäckig an den Traditionen des Kapitalismus festhalten und den Sozialisten nach der alten Art ansehen: ihm, dem Staat, möglichst weniger und schlechtere Arbeit zu leisten, aber möglichst viel Geld von ihm zu erhalten? Gibt es denn wenig berattiger Schurken („Kerwags“), so zum Beispiel unter den Gegnern der Sowjet-Druckereien, unter den Arbeitern der „Formowo“, der „Putilow“-Werke usw.? Wie viele von dieser Art haben wir schon desavoniert, wie viele an den Branger gestickt!

Die Presse aber schweigt sich darüber aus. Und wenn sie schon schreibt, dann noch Art der offiziellen Blätter, ganz beamtenmäßig, nicht wie eine revolutionäre Presse... usw. usw.“

Lenin, ihr Unabhängigen, die ihr so großen Respekt vor dem russischen Experiment habt, bei Lenin, wie Revolutionäre den Massen gegenüber aufzutreten.

Sür kommunistische Illusionisten.

Es wird noch schlechter als bisher!

In Versammlungen gaukeln die Kommunisten der Arbeiterschaft vor, daß mit der Einführung des Rätestaats alle Not sofort ein Ende haben würde, daß wenigstens alsbald eine allgemeine Besserung der Lage eintreten würde. In der sozialistischen Frankfurter „Freiheit“ aber vom 10. April lesen wir folgende Ausführungen von Eugen Varga, der in der ungarischen Räterepublik das Amt eines Volkskommissars für Finanzen bekleidet:

„Nun weiß ich sehr gut, daß die Diktatur des Proletariats der wirtschaftlichen Not nicht sofort ein Ende bereitet, daß die Forderung der Arbeiter noch besserer Versorgung nicht sofort in Erfüllung gehen kann. Ja, es ist wahrscheinlich, daß die Lage des Proletariats während einer Uebergangszeit noch schlechter sein wird als bisher.“

So spricht der Kommunist — nach Ergreifung der Macht. Bisher schreit er: nur die jetzige Regierung ist an allem schuld, wir werden sofort Besserung schaffen. Nachher kennt er dann auch nur die eine Melodie: Geduld, Geduld, Geduld...“

Der Ausschuss zur Untersuchung der Urachen, der von der verfassunggebenden Landesversammlung eingesetzt ist, hielt gestern eine sechsstündige Sitzung ab und hörte als Zeugen den früheren Berliner Stadtkommandanten Leutnant Fischer, den Intendanturatt Vongard von der Kommandantur, den Verleger Albert Baumstark und den Vorwärtsredakteur Erich Kuttner. Der Ausschuss beschloß mit 9 gegen 5 Stimmen, mit Rücksicht auf die schwebenden Verfahren den Inhalt der Aussagen für vertraulich zu erklären. Nächste Sitzung ist am 8. Mai.

Gewerkschaftsbewegung

Neuer Tarif der Steinarbeiter.

Nach wiederholten Verhandlungen mit der Unternehmerorganisation haben die Steinarbeiter Berlin ein Abkommen erzielt, dessen größte Bedeutung darin liegt, daß die Affordarbeit in allen Branchen abgeschafft ist. Das trifft namentlich auf die Graphenbranche zu, die seit Jahren die Beseitigung der Affordarbeit verlangen, die während der Kriegszeit einen größeren Umfang angenommen hatte. Auch das seit längerer Zeit vergebens gestellte Verlangen, die Arbeiterinnen unter den Tarif zu stellen, ist jetzt erfüllt. Die Hilfsarbeiter und Lehrlinge in den Tarif einzuzeichnen, ist nicht gelungen. Doch der Gefellenauschlag hat bei der Annahme erreicht, daß die Lehrlinge von 4 auf 3 Jahre herabgesetzt und das Kostgeld aufgeschlüsselt wird. Im übrigen ist folgendes vereinbart worden:

Die tägliche Arbeitszeit beträgt 8 Stunden. Die wöchentliche Arbeitszeit darf 48 Stunden nicht überschreiten einschließlich etwaiger Ueberstunden, die mit einem Aufschlag von 30 Proz. zu vergüten sind. Die Arbeitszeit schließt an den Sonnabenden eine halbe Stunde früher, an den Tagen vor den hohen Festen um 12 Uhr mittags ohne Lohnabzug. Bei auswärtigen Arbeiten wird ein Zuschlag von 6 R. täglich einschließlich Sonntag gezahlt. Das benötigte Fahrgehd wird vergütet. Die wegen Regenwetter ausfallende Arbeitszeit wird bezahlt. Das Zwischenmeisterwesen wird durch den Tarif verboten, Unternehmer dürfen keine Arbeit an Zwischenmeister geben, Arbeiter dürfen bei Zwischenmeistern keine Arbeit annehmen. Der Stundenlohn beträgt vom 1. April ab für Steinmehnen 2,60 R., für Schleifer, Fraiser, Dreher 2,40 R., für Anfänger in der Schleiferei im ersten Halbjahr 1,70 R., im zweiten Halbjahr 1,85 R., im dritten Halbjahr 2 R. Arbeiterinnen erhalten im ersten Halbjahr 0,90 R., im zweiten Halbjahr 1,20 R., im dritten Halbjahr 1,40 R. Der Tarif wird auf ein halbes Jahr abgeschlossen und kann mit einer Frist von 4 Wochen gekündigt werden. — Durch die vereinbarten Lohnsätze erhöht sich der Stundenlohn für Steinmehnen um 48 Pf., für Hilfsarbeiter um 48 Pf.

Die letzte Mitgliederversammlung der Steinarbeiter erklärte zwar die Angebotsverhältnisse als nicht befriedigend und hätte ein weiteres Entgegenkommen der Arbeitgeber erwartet, aber im Interesse des Friedens im Gewerbe stimmte die Versammlung den Vereinbarungen zu.

Die Rechtsanwaltsangeestellten.

Die Angestellten der Rechtsanwaltschaft zählen mit zu den schlecht-bezahltesten Angestellten aller Branchen. Seit Jahrzehnten haben sie durch wiederholte Eingaben versucht, den Bestimmungen der Gewerbeordnung oder des Handelsgesetzbuches unterworfen zu werden. Sie sind eine der wenigen Kategorien von Angestellten für welche selbst diese Verhältnisse nicht geregelt sind. Leider muß auch konstatiert werden, daß ein großer Teil der Angestellten bisher allen Bewegungen ablehnend gegenüberstand. Erst in neuester Zeit trat es sich auch unter den Anwaltsangeestellten. In mehreren überfüllten Versammlungen haben sie sich entschlossen, ihren Arbeitgebern auch Forderungen zu unterbreiten, damit sie durch eine ausreichende Bezahlung in die Lage versetzt werden, ihr Leben zu fristen. Der Berliner Anwaltsverein hat nunmehr auch in einer seiner letzten Versammlungen anerkannt, daß eine Kostlage der Angestellten vorliegt und daß es notwendig ist, in vielen Bureaus die Verhältnisse aufzubessern. Er hat zu diesem Zweck eine Kommission gebildet, die mit der zuständigen Organisation der Angestellten, dem Verband der Bureauangestellten, in Verhandlungen betr. Abschluß eines Tarifvertrages eintreten soll. In einer äußerst zahlreich besuchten Versammlung erhaltete Bauer vom Verband der Bureauangestellten den Bericht über den Stand der Verhandlungen. In der äußerst lebhaften Diskussion wurden wiederum viele Fälle vorgebracht, in denen die Chefs es grundsätzlich ablehnten, mit den Angestellten über ihre Wünsche zu verhandeln. Insbesondere wurde Beschwerde geführt über die Rahrgelung, welche seitens der Herren Wes. Justizrat Bischo, Justizrat Becker und Justizrat Mühlham vorgenommen wurde, und zwar an Familienältesten, die zum Teil als Kriegsteilnehmer zurückgekehrt, Aufbesserungen ihrer Gehälter gefordert bzw. Anberaumung in Bureauverhältnissen beantragt der Arbeitszeit gewünscht haben. Bemerkenswert sei, daß der Schlichtungsausschlag sich in diesen Fällen zugunsten der Angestellten entschieden hat. Die Versammlung beschloß, dem Berliner Anwaltsverein noch eine Frist von einer Woche zu stellen, innerhalb welcher die Verhandlungen nunmehr zum Abschluß gelangt sein müssen. Nach Ablauf dieser Frist soll eine weitere Versammlung über das weitere Vorgehen beschluß fassen.

Lohnbewegung der Handelsarbeiter in der Textilbranche.

Folgender Beschluß zwischen den Vertretern des Transportarbeiterverbandes und der Textilgroßhandelskommission beim Arbeitgeberverband des Großhandels konnte nach längeren, schwierigen Verhandlungen den sehr schlecht bezahlten Arbeitern dieser Branche unterbreitet werden:

Lohnsätze. Der Lohn beträgt für männliche Arbeitskräfte über 20 Jahre pro Woche 75 R. In den Betrieben, die ganz besonders unter den zurzeit bestehenden ungünstigen Wirtschaftsverhältnissen zu leiden haben bei einer durch diese Verhältnisse verkürzten Arbeitszeit von 5 Stunden und darunter 60 R.

Rachzahlung. Die Rachzahlung wird gewährt vom 1. Februar 1919. Für alle Betriebe, die bis 2 Uhr nachmittags geöffnet hatten, gilt als Basis für die Rachzahlung der Satz von 60 R. Bei einer Arbeitszeit über 2 Uhr kommt der Satz von 75 R. für die Rachzahlung in Frage.

Mit Bedauern über das geringe Entgegenkommen, jedoch in Rücksicht der ungünstigen Wirtschaftslage und weil diese Sache eine

zum Teil nicht unerhebliche Lohnaufbesserung mit sich bringen, haben sich die Beteiligten zur Annahme dieser Lohnsätze gezwungen.

In der Versammlung wurde besonders darauf hingewiesen, daß nicht zuletzt die Zersplitterung unter den Handelsarbeitern es verschuldet, daß den Arbeitgebern nur sehr schwer Zugeständnisse abgerungen werden konnten. Folgende Resolution fand dann einstimmige Annahme:

„Die Handelsreisende und -arbeiterinnen sehen im Deutschen Transportarbeiterverband die einzige Organisation, die in der Lage ist, ihre Interessen mit Erfolg zu vertreten. Die Versammlung lehnt es einstimmig ab, andere Vereinigungen als wirtschaftliche Interessenvertretung anzuerkennen und erwartet, daß die Kollegen aus der Geschäftsdieners- und Fadervereinigung sich zeitlos dem Deutschen Transportarbeiterverband anschließen werden.“

Die Versammlung weist ferner jeden Versuch der Wirtschaftsvereinigungen der Angestellten, eine Zersplitterung der Handelsarbeiter herbeizuführen, aufs entschiedenste zurück und verbietet sich jede Agitation unter den gewerblichen Angestellten im Handels-gewerbe, die nur zum Bruderkampf führen würde.“

Der Reichstarif für Anwaltsangeestellte gescheitert.

Die vom Verband der Bureauangestellten und dem Bureau-beamtenverband zu Leipzig mit den deutschen Anwaltsvereinen am 18. April in Leipzig geführten Reichstarifverhandlungen sind gescheitert.

Die Angestellten forderten für Gehilfen mit selbständiger Tätigkeit und für Bureauvorsteher bis zum Alter von 25 Jahren in Großstädten ein monatliches Mindestgehalt von 300 R. und für solche über 25 Jahre 400 R. Auf Wunsch der Anwälte wurde fest-

Die 4 1/2 %.

Brandenburgische Kommunalanleihe ist ausverkauft!

gelegt, daß dieses Gehalt für die unter 25 Jahre alten Angestellten erst nach mindestens fünfjähriger und für ältere Angestellte nach mindestens achtjähriger Bureauzugehörigkeit, ohne Anrechnung der dreijährigen Lehrzeit gewährt werden sollte. Da die Anwälte erklärten, nicht leistungsfähig genug zu sein, um die geforderten Gehälter zahlen zu können, verminderten die Angestelltenvertreter die Gehaltsforderungen auf 250 R. und 350 R. Diese Verringerung erklärten die Vertreter der Anwälte und Notare nicht tragen zu können und lehnten die weitere Verhandlung über den Reichstarif ab. Die gewerkschaftliche Organisation wird nun mit aller Kraft die berechtigten Forderungen der schlechtbezahlten Angestellten durchsetzen.

Ueber die Generalversammlung der Transportarbeiter erhalten wir nach folgende ergänzende Mitteilungen: Da der Berichterstatter der „Freiheit“, obgleich er zu der Versammlung bestellt war, nicht erschien, beschloß die Versammlung, dem Berichterstatter des „Vorwärts“ zu empfehlen, sich nach Hause zu begeben. Als dann später ein Vertreter der „Freiheit“ erschien, wurde die Versammlung unruhig, so daß auch dieser unberichtetet Sache heimkehren mußte.

Der Bezirksleiter Berner teilte dann mit, daß am 12. Mai die Versammlung für das erste Quartal abgehalten wird, wo die Auffstellung der Kandidaten für den Verbandstag in Stuttgart stattfinden soll. Für Groß-Berlin kommen 25 Delegierte in Frage, jedoch ist die doppelte Zahl der Kandidaten aufzustellen. Die Mitgliedschaft bei der weiteren Entwicklung dürfte sich am Schluß des 1. Quartals auf 76.000 stellen. Der Kassenbericht weist eine Gesamteinnahme von 835.725,13 R. auf, der eine Gesamtausgabe von 784.751,23 R. gegenübersteht. Der Kassenbestand beträgt 50.973,90 R. Die Arbeitsvermittlung zeigt ein reichhaltiges Bild. Stellen wurden gemeldet 60.432, wovon für fest 22.286 und zur Ausschilfe 10.127 besetzt wurden. Stellungsuchende meldeten sich 67.346. Aus der Bibliothek wurden 5005 Bände entliehen.

In der hierauf einsetzenden längeren Debatte wurden neben organisatorischen auch politische Fragen gestreift, so u. a. die Frage über die politische Haltung der Gewerkschaften.

Weitere Redner monierten, daß zur Sozialisierung der Großbetriebe nicht Stellung genommen worden sei. Die den ganzen Volkstörper demoralisierende Arbeitslosigkeit könne durch die Unterstützungen nicht abgeschwächt werden.

Das Nächsthilfen wurde ebenfalls hervorgehoben und die Kreditbewilligung erörtert. Da die Zeit bereits sehr vorgerückt, wurde die Versammlung vertagt. Die Fortsetzung findet am 8. Osterfeier-tag (22. April) in den Musikern-Sälen, Kaiser-Wilhelm-Strasse 31, statt. Eine besondere Einladung ergeht an die Delegierten nicht.

Tagung der Bühnengenossenschaft.

Die Bühnengenossenschaft begann am Mittwoch ihre auf drei Tage berechnete Vertreterversammlung. Die Vertreterschwierigkeiten haben monden Delegierten ferngehalten. Die Tagesordnung gebührt zu den wichtigsten seit Bestehen der Genossenschaft. Die bisherigen Errungenschaften sollen verbessert und die Genossenschaft als gewerkschaftliches Glied der Generalkommission angeschlossen werden.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärte Präsident Nidelt, daß die Genossenschaft den freien Angestelltenverbänden unbedingt Kartellstreue halten werde. Nach Genehmigung des Redenschafts-

berichts wurde eine Entschlüsselung angenommen, in der den im Kampfe um die Erringung des Mindestbestimmungs-rechtes stehenden Angestellten volle Sympathie ausgesprochen und zum Ausdruck gebracht wird, daß die Genossenschaft nach gleichen Zielen strebt und in der Erringung dieses Rechtes ein entscheidendes Veruß, ja Lebensinteresse der Arbeitnehmer erblickt.

Der Normalanstellungsvertrag wurde gutgeheißen und dann in die Beratung des Tarifvertrages eingetreten. Der darin vorgesehene paritätische Stellennachweis und der Koalitionszwang stehen auf Opposition, wurden jedoch vom Vorstände lebhaft als wertvolle Errungenschaft verteidigt.

Genossenschaft sozialistischer Künstler. Geschäftsstelle: Berlin-Steiglitz, Kommodenstr. 24, Telefon: Steiglitz 3166. Dienstag, 22. April, 7 Uhr, 13 im Schulhaus, abends 7 Uhr, Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Vollziehung der Gruppe „Bildende und angewandte Kunst“. Bericht des Ordnungsausschusses über die Einteilung in die Gruppen. Anzahl neuer Mitglieder. Die Genossen werden gebeten, bis Dienstag um 5 Uhr Broden ihrer Arbeiten zu Händen des Vorstandes oder im Lokal Poststr. 13 abzugeben. Genossen, die sich dieser Bedingung nicht unterziehen, können nicht in die Zweiggruppen eingeteilt werden.

Herr Krudow sendet uns unter Bezugnahme auf den in der Morgenausgabe des „Vorwärts“ vom Dienstag veröffentlichten Versammlungsbericht eine Entgegnung, worin behauptet wird, daß Herr Nidelt ihn in der Versammlung mit Schmähungen überhäuft und den Bund verächtlich habe. Erst als Herr Nidelt seinem Eruchen, die Anwürfe einzuhellen, nicht nachgekommen sei, habe er, Herr Krudow, den Saal verlassen.

Versammlungen am heutigen Donnerstag:

Obste der hütischen und ionigen Elektrifiziert, Gas- und Wasserwerke und der Stromversorgungsanstalten, vormittags 10 Uhr, in Paserlands Festhän, Neue Friedrichstr. 35.

Reichstägig um 10 Uhr Oömannerversammlung sämtlicher Branchen und Fachgruppen ebenfalls.

Crenstein u. Koppel. Zentrale Vorkommensammlung der Angestellten nachmittags 3 Uhr in den Kammerhän, Tilmmer, Ecke Gelle-Allee-Str. 11. Arbeiter u. Lehrlinge. Angestellte und Arbeiter nachmittags 3 Uhr bei Köhlich, Statyer Str. 22.

Commerz- und Disconto-Bank. Nachmittags 3 Uhr im Gewerkschaftshaus, Emselstr. 15, Saal 4.

Versicherungsangestellte Groß-Berlin. Nachmittags 4 1/2 Uhr, Söppien-Säle, Söppienstr. 17/18: Obliegenheits. Tagesordnung: Mitbestimmungsgesetz.

Siemens-Angestellte-Verwaltungsgebäude. Vormittags 11 Uhr im Volkshaus, Charlottenburg, Köpenicker Weg 107. Tagesordnung: Die Streikfrage. Armin Teuner, Berlin, Lichtenberg und Neuen. Nachmittags 3 Uhr: Außerordentliche Betriebsversammlung im Lindenhö.

Die Angestellten der Deutschen Bank versammeln sich vormittags 10 Uhr in den Germania-Präsidien, Schloßstr. 110, zur Entgegennahme wichtiger Mitteilungen.

Disconto-Gesellschaft. Nachmittags 2 Uhr im großen Saal der Philharmonie: Seeburger Str. 23: Instituterversammlung.

Angestellte des Dynamowerks der Siemens-Schuckertwerke, nachmittags 2 Uhr, in den Festhän Siemenshän. Kundweise, sind mitzubringen.

Wafel-Schwarzlopf-Werke Wödan. Die Lohnzahlung erfolgt heute vormittags 4 1/2 Uhr im West Wödan.

Industrie und Handel.

Bureaunkräftige Einschränkung des Außenhandels.

Eine Bremer Firma stellt uns ihren Schriftwechsel mit dem Reichskommissar für Ein- und Ausfuhrbewilligung zur Verfügung. Das Haus hatte vor dem Kriege nach Ostafrika, Ostindien und China exportiert und gleichzeitig den Import gepflegt. Die damalige Firma hatte aber infolge der Einberufung des Inhabers zum Heeresdienst liquidieren müssen. Als sie nunmehr um den Export einiger pharmazeutischer Artikel nach London nachsuchte, wurde ihr dieser Antrag abschlägig beschieden. Ein Grund ist in der Ablehnung nicht genannt, doch war ihre eine Rückfrage des Reichskommissars vorausgegangen, in der dieser sich nach der früheren Tätigkeit der Firma erkundigte. Sollte, wie anzunehmen ist, wirklich nur die Verringerung des Ausfuhrartikels der Grund der Ablehnung sein, so müßte das Verhalten des Reichskommissars geradezu als Sonderfall bezeichnet werden. Eine jede Industrie muß sich jetzt umsehen, wieviel mehr erst der Außenhandel! Im durch bürokratische Bedenken so schwer zu benachteiligen, daß den Exporteuren alle Lust am Geschäft verloren geht, ist unverantwortlich.

Adler, Deutsche Fortlaufmaschinenfabrik A. G., Berlin-Wilmersdorf. Der Aufsichtsrat hat beschlossen, der auf den 9. Mai d. J. einzuberufenden Generalversammlung die Verteilung von 6 Proz. Dividende vorzuschlagen. Außerdem soll aus den Vortragshänden eine Ausschüttung von je 100 R. fünfprozentiger Kriegsanleihe mit Zinsscheinen per 1. Juli 1919 auf je nom. 2000 R. vorgenommen werden. (Im Vorjahr gelangte eine Dividende von 4 Proz. sowie eine Superdividende von 6 Proz. zur Verteilung.)

Crenstein u. Koppel — Arthur Koppel Aktiengesellschaft. In der abgehaltenen ordentlichen Generalversammlung, in welcher ein Aktienkapital von 7.579.000 R. mit 7507 Stimmen vertreten war, wurde die Tagesordnung erledigt und die sofort zahlbare Dividende auf 14 Proz. festgesetzt. Auf eine Anfrage aus Aktionärkreisen erwiderte der Generaldirektor Geheimrat Crenstein, daß die Effekten der Gesellschaft, soweit sie gefährdet seien, vollständig abgeschrieben wären. Die Staatspapiere sind unter jetzigem Kurse eingetieft.

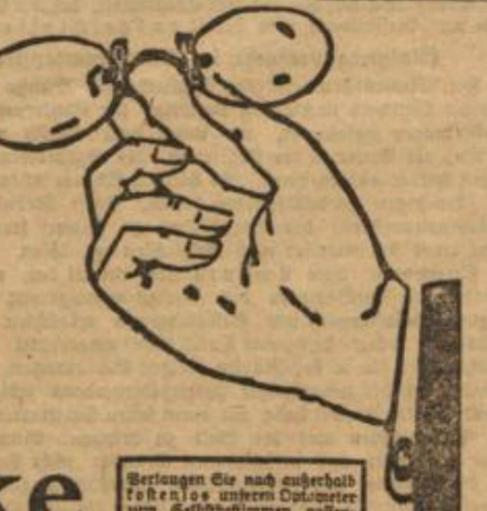
Verantwortlich für Postill Arthur Nidelt, Charlottenburg, für den übrigen Teil des Blattes: Alfred Scholz, Reichshaus für Anzeigen, Theodor Wolff, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin, und Reichshaus-Verlag und Verlagshaus Paul Singer u. Co. in Berlin, Lindenstraße 3. Druck 2 Betlagen.

Ein Freund warnte ihn!



Die Augen schmerzten und tränten, die Lider ränder waren dauernd etwas entzündet, das Lesen bei der Lampe ermüdete ihn schnell, Kopfschmerz und Nervosität setzten seine Arbeitsfähigkeit weiter herab. Ein Freund warnte ihn und empfahl ihm, sich bei und kostenlos die Schrift „Ratschläge eines Fachmannes“ zu erbitten. Jetzt sind alle Beschwerden beseitigt, denn nur die Ueberanstrengung der Augen war die Ursache aller Beschwerden gewesen. Augenbeder, angeborene oder durch schädliche Einflüsse hervorgerufene, müssen durch passende Gläser ausgeglichen werden. Wir prüfen Ihre Augen kostenlos und garantieren für passende Gläser, für hygienisch richtigen

Sitz und für Haltbarkeit aller Fassungen von 8,50 R. an 2 Jahre, und zwar erhalten Sie die bekannte Ruhe-Garantie, d. h. wir garantieren nicht nur für gute Arbeit und gutes Material, sondern wir garantieren, daß wir alle Reparaturen, auch wenn die Fassung durch Ihre eigene Schuld zerbrochen ist, kostenlos ausführen. Ausgenommen sind davon Gläser, Schilddrüse- und Hornröhre. Bestellen Sie uns heute oder morgen, oder verlangen Sie durch Postkarte die Schrift „Ratschläge eines Fachmannes“. Sie kostet nichts und sagt Ihnen, was Sie über Augen und Augengläser unbedingt wissen müssen.



Optiker Ruhnke

Alles Geld wird in Zahlung genommen.

Bestellen Sie nach außerhalb kostenlos unseren Optiker zum Selbstbestimmen passender Gläser nebst Veranlassung.

- O, Spittelmarkt, Ecke Wallstr. Kleiner-Berlin, neben Altes-Berlin
- W, Leipziger Str. 113, Ecke Rosenthaler Str. 1, Ecke Kolonnen-Str. Friedrichstr. 193a, Ecke Leipziger Str. Friedrichstr. 106, Ecke Jägerstr.
- N, Schloßstr. 74, Jägerstr. 184, Ecke Brunnenstr. NW, Friedrichstr. 150, E. Dorothienstr.
- Schöneberg: Hauptstr. 21, am Kaiser-Wilhelm-Platz
- Friedenau: Rheinstr. 15, Ecke Reichstr. gegenüber der Kaiser-Eiche
- Wilmersdorf: Berliner Str. 123a, an der Uhlenstr.
- S, Rottbuser Platz 10, nahe Warenhaus Jandorf
- Neukölln: Bergstr. 4, gegenüber Richardstr.
- Spandau, Breite Straße 16.
- Charlottenburg: Tauentzienstr. 18, Ecke Kurbergstr. Straße, Joachimsthaler Straße 2, am Bahnhof Zoo.